

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales**

5. Sitzung  
27. April 2017

Beginn: 10.07 Uhr  
Schluss: 12.03 Uhr  
Vorsitz: Hakan Taş (LINKE)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Hakan Taş:** Wir kommen zu

#### Punkt 2 der Tagesordnung (neu)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Kältehilfe: Umstrukturierung der Kältehilfe und  
Kooperation mit den Bezirken**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

[0009](#)  
IntArbSoz

#### Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich in alphabetischer Reihenfolge ganz herzlich Frau Mara Fischer, Vorstandsmitglied des mob e. V. und Leiterin der Notübernachtung Storkower Straße, Herrn Ulrich Neugebauer, Leiter der Kältehilfe der Berliner Stadtmission, und Herrn Robert Veltmann, Geschäftsführer der GEBEWO – Soziale Dienste – Berlin gGmbH. Herzlich willkommen! Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. Ist das der Fall? – Ja! Zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktion der SPD – Frau Radziwill!

**Ulker Radziwill (SPD):** Gerne begründe ich für die Koalition diesen aus unserer Sicht wichtigen Besprechungspunkt mit Anhörung. Wir wollen uns heute Zeit nehmen und uns mit der Situation der Menschen, die keine Wohnung haben, die obdachlos sind in dieser Stadt, beschäftigen und uns heute auf die Kältehilfe konzentrieren. Das ist ein wichtiges Sonderprogramm in Berlin, das eine wichtige Infrastruktur anbietet, wo Menschen, die keine Wohnung haben, in der kalten Jahreszeit verschiedenste Unterstützungsmöglichkeiten bekommen können von der Unterbringung bis zu Tagesangeboten usw. Wir möchten gern wissen, wie die letzte Kältehilfesaison aus Sicht der eingeladenen Anzuhörenden war, und wir möchten auch wissen, welche Erfahrungen Sie in den letzten Jahren gesammelt haben und was Sie dieser neuen Koalition zu Beginn dieser neuen Legislaturperiode an Empfehlungen mitgeben möchten. Es ist der erklärte Wunsch – wir haben das auch in unserem Koalitionsvertrag grundsätzlich festgehalten –, dass wir Menschen, die obdachlos sind, die keine Wohnung, keine feste Bleibe hier in Berlin haben, Unterstützung liefern möchten. Wir wollen auch die Kältehilfe ausbauen. Es ist wichtig, nach Ende dieser Kältehilfesaison darüber zu sprechen, welche Empfehlungen Sie uns an die Hand geben. Vielen Dank! Wir freuen uns auf die Beratung heute.

**Vorsitzender Hakan Taş:** Eine einleitende Stellungnahme von Herrn Fischer – bitte!

**Staatssekretär Alexander Fischer (SenIAS):** Ich sage sehr gern noch einige Worte zur Kältehilfe. Die Kältehilfe besteht hier in Berlin seit 1989. Ihr Gegenstand ist die Bereitstellung und Finanzierung von Notschlafplätzen für Menschen, die die Angebote der Regelversorgung nicht in Anspruch nehmen – in Klammer – können, manchmal. Das Land Berlin beteiligt sich finanziell und fördert Notübernachtungen und Nachtcafés sowie Tagesaufenthalte und Suppenküchen. Die praktische Arbeit wird von rund 35 Kirchengemeinden bzw. freien Trägern erbracht, denen Berlin auch nach diesem Winter zu großem Dank für diese Arbeit verpflichtet ist.

Die Kältehilfe ist – ich habe es vorhin gesagt – unser niedrigschwelligstes Angebot der Wohnungslosenhilfe. Sie ist – so würden wir es einschätzen – eine unmittelbare Überlebenshilfe. Menschen sollen vor dem Erfrierungstod durch Kälte bewahrt werden. Jeder Mensch, der vorspricht, erhält einen Unterkunftsplatz, sofern er oder sie einen benötigt, auch dann, wenn die Unterkünfte voll sind. Das heißt, in kalten Nächten ist da auch viel Improvisation, viel Engagement derjenigen, die das gewährleisten, oft auch ehrenamtlich, gefordert und wird auch erbracht. Das heißt, jeder Mensch erhält diesen Zugang, der Zugang ist niedrigschwellig, es muss also kein Identitätsnachweis oder Personalausweis oder etwas anderes vorgezeigt werden. Auch eine Bedarfsprüfung erfolgt nicht. Damit unterscheidet sich die Kältehilfe von allen anderen Angeboten der Wohnungslosenhilfe, die in Berlin vorgehalten werden.

Die zwölf Bezirke nehmen die Kältehilfe aufgrund der Neuordnung, die im Jahr 1995 erfolgte, als bezirkliche Aufgabe wahr und stellen administrativ die Handlungsfähigkeit und auch die finanzielle Absicherung durch die Zuwendungsgewährung sicher. Sie organisieren auch im Rahmen ihres Budgets rund 360 Notschlafplätze, sind aber durch die Auswirkungen der EU-Osterweiterung tatsächlich an eine Belastungsgrenze gekommen.

Deshalb wird der Berliner Senat die Bezirke noch gezielter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe im Sinne eines tatsächlich bedarfsgerechten Angebots in der Kältehilfe unterstützen. Gemäß dem Koalitionsvertrag und den Richtlinien der Regierungspolitik soll der Ausbau der Kältehilfe auf rund 1 000 Notschlafplätze erfolgen. Wir hatten in diesem Winter 920 Notschlafplätze in der Spitze. Das war, wenn man die Auslastungsstatistik nimmt, bedarfsgerecht. Wir hatten im Durchschnitt eine Auslastung von rund 92 Prozent. Das heißt, in der Spitze sind es mal leicht über 100 Prozent, in milderer Nächten etwas weniger, aber im Durchschnitt 92 Prozent. Wir gehen aber davon aus, dass der Bedarf weiter steigen wird und wollen deshalb den Ausbau auf 1 000 Notschlafplätze forcieren.

Im Winter 2017/2018 wird das Angebot wie in den vergangenen Jahren stark diversifiziert und strukturiert sein. Die Basis bilden rund 25 bis 30 Kirchgemeinden, die zivilgesellschaftlich ein Grundangebot von rund 360 Notschlafplätzen bereitstellen. Dieses Grundangebot wird regelmäßig durch mehrere größere bzw. mittlere Notübernachtungsstandorte ergänzt. Der prominenteste im letzten Winter war der Hangar 4 im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Es ist an der Zeit, besonders dem Bezirk, der Bezirksstadträtin Frau Kaddatz und der Bezirksbürgermeisterin Frau Schöttler zu danken, die damals sehr kurzfristig dabei geholfen haben, dass dieser Standort mit rund 100 Notschlafplätzen und sanitären Einrichtungen sehr schnell ans Netz gehen konnte. Ohne die Unterstützung und das pragmatische Handeln des Bezirks, von Frau Kaddatz und Frau Schöttler, wäre das nicht möglich gewesen und natürlich auch nicht ohne einen Träger, der dort sehr kurzfristig eingesprungen ist.

Auf Dauer ist Improvisation natürlich nicht handlungsleitend, wenn man dauerhaft Bedarfsdeckung organisieren will. Deswegen prüft unsere Senatsverwaltung im Moment Möglichkeiten – ich habe es schon erwähnt –, für den Winter 2018/19 eine gesamtstädtische Grundkapazität in der Kältehilfe bereitzustellen. Wir gehen im Moment von einer Planungsgröße von 600 Plätzen aus. – Soweit erst einmal von mir.


**Vorsitzender Hakan Taş:** Herzlichen Dank, Herr Fischer! – Dann beginnen wir nun mit den Stellungnahmen der Anzuhörenden. Danach folgt eine Runde, in der die Mitglieder dieses Ausschusses selbstverständlich ihre Fragen stellen können. Im Anschluss daran haben Sie die Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. Sofern danach noch Zeit bleibt, machen wir selbstverständlich noch eine zweite Runde.

Die Stellungnahmen haben Sie bereits in schriftlicher Form zugeschickt bekommen. Herr Neugebauer wird seine Stellungnahme durch eine Powerpoint-Präsentation ergänzen, verstärken oder unterstützen – wie auch immer. – Wer möchte anfangen? Ladies first oder Herr Neugebauer? – Herr Neugebauer, bitte!

**Ulrich Neugebauer** (Kältehilfe, Berliner Stadtmission): Einen schönen guten Tag! Vielen Dank für die Einladung! Ich bin nicht allein gekommen, ich habe eine Mitarbeiterin mitgebracht: Frau Wittig. Wenn es für Sie okay wäre, würde ich sie beteiligen. Sie hat die Auswertung mit erstellt.

**Vorsitzender Hakan Taş:** Ich glaube, niemand hat etwas dagegen. Gerne!

**Ulrich Neugebauer** (Kältehilfe, Berliner Stadtmission): Danke schön!



## Vorwort

Die Berliner Kältehilfe erfasst durch das Kältetelefon der GeBeWo ausschließlich Daten in Bezug auf die Auslastung der einzelnen Anbieter.

Um mehr über die Situation der obdachlosen Menschen zu erfahren, erbittet die Berliner Stadtmission im Rahmen der Kältehilfe seit vier Jahren von ihren Besuchern auf freiwilliger Basis Auskunft über **Geschlecht, Alter und Herkunft**. In dieser Kältehilfesaison wurde zusätzlich noch der Besuch der Rollstuhlfahrer erfasst.

Die Erfassung der Daten betrifft vier Einrichtungen der Berliner Stadtmission mit einer offiziellen Platzkapazität von insgesamt **296 Plätzen, dies entspricht 42% aller Übernachtungen (44.138 Übernachtungen)**.

Bei der Interpretation der erhobenen Daten ist zu berücksichtigen, dass die einzelnen Standorte unterschiedliche Ausstattungen und Aufnahmekriterien haben. So sind z.B. zwei der Einrichtungen mit insgesamt 148 Plätzen nur für Männer vorgesehen. Dies ist bei der errechneten Frauenquote zu berücksichtigen.

Dennoch sind die Ergebnisse unserer Auswertung unseres Erachtens von hoher Bedeutung, da sie die umfassendste Datenerhebung in der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe darstellen, die es bisher gibt.

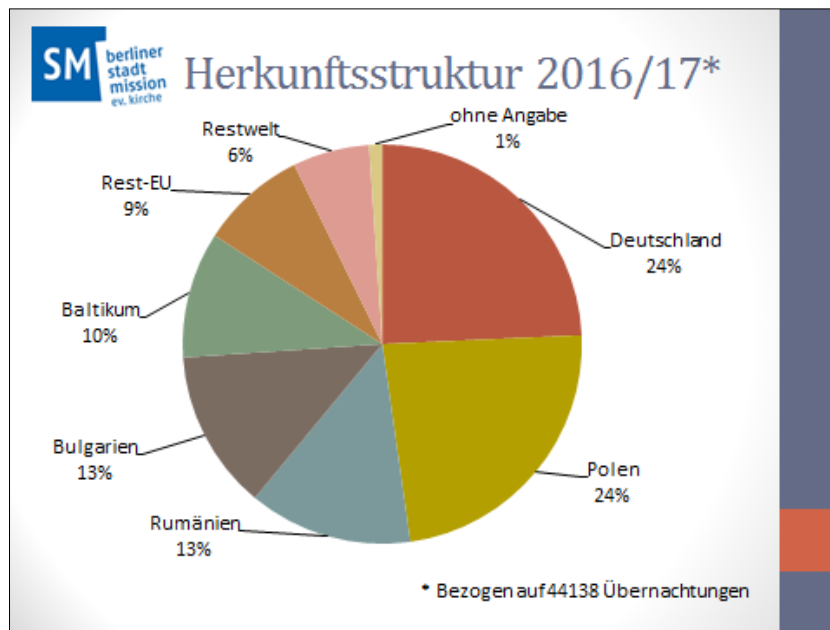
Zum einen bestätigen sie langjährige Erfahrungen/Eindrücke im Rahmen der Kältehilfe und zeigen darüber hinaus einige interessante Entwicklungen auf. Wir wünschen uns, dass die Ergebnisse dazu beitragen, noch bedarfsgerechtere Angebote zu entwickeln und durchzuführen.

Wie Sie alle wissen, wird durch die Koordinierungsstelle der GEBEWO jedes Jahr die Auslastung der einzelnen Einrichtungen dargestellt. Uns als Berliner Stadtmission ist es ein Anliegen, noch mehr in die Tiefe zu gehen, um die Bedarfe zu erfahren: was für Menschen in die Kältehilfe kommen und warum. Deswegen haben wir vor vier Jahren mit einer statistischen Auswertung angefangen, die auf freiwilliger Basis der Gäste ausgeführt worden ist. Wir haben erfasst: das Geschlecht, das Alter und die Herkunft. Diese Auswertung ist natürlich nicht in dem Maße repräsentativ, dass sie alle Übernachtungen in der Stadt darstellt, sondern mit unseren 296 Plätzen in der Kältehilfe und 44 138 Übernachtungen circa 42 Prozent aller Übernachtungen. Das ist die Grundlage für diese statistische Auswertung.

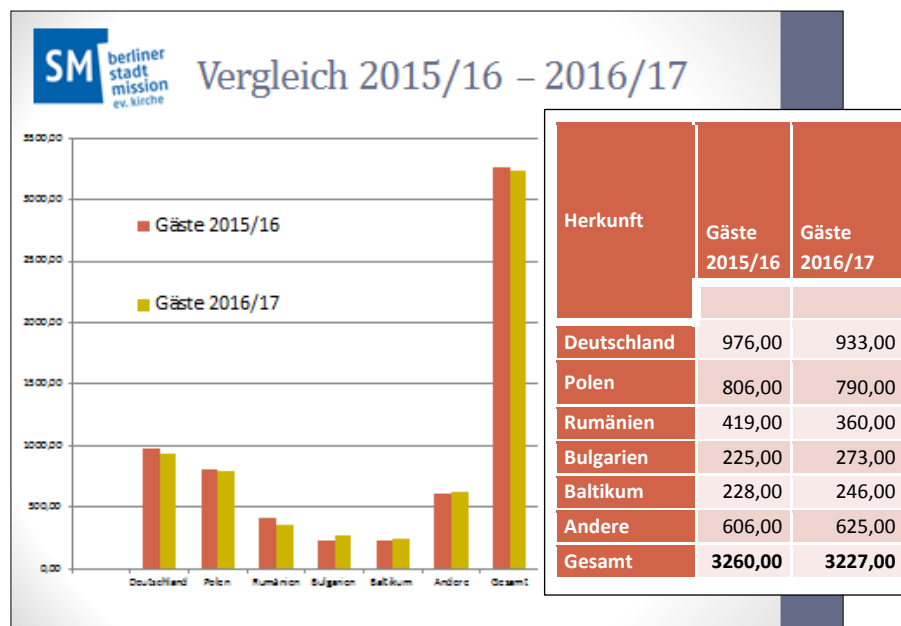
Bei der Interpretation der erhobenen Daten ist zu berücksichtigen, dass die einzelnen Standorte unterschiedliche Ausstattungen und Aufnahmekriterien haben. Von unseren vier Einrichtungen sind zwei Einrichtungen nur für Männer. Dies ist zu berücksichtigen, wenn man nachher bei der Auswertung auf die Frauen zu sprechen kommt. Dennoch sind die Ergebnisse unserer Auswertung unseres Erachtens von hoher Bedeutung, da sie die bisher umfassendste Datenerhebung in der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe darstellen. Zum einen bestätigen sie langjährige Erfahrungen und Eindrücke im Rahmen der Kältehilfe. Darüber hinaus zeigen sie interessante Entwicklungen auf.

Bevor ich Sie mit Zahlen erschlage, möchte ich Ihnen gern zwei Personen vorstellen, damit Sie merken, dass die Zahlen alle mit einzelnen Menschen und Schicksalen hinterlegt sind. – Da ist Anna, 43 Jahre alt. Sie wird uns um 16 Uhr mit einem Großraumtaxi mit einem großen elektrischen Rollstuhl in die Lehrter Straße gebracht, und wir sollen uns um sie kümmern. Im Laufe des Nachmittags stellt sich heraus, dass sie in einem Probewohnen in Köpenick war, aber dieses Probewohnen nicht bestanden hat. Dann ist das Taxi bestellt worden, und sie ist in die Lehrter Straße gefahren worden. Sie war nicht in der Lage, sich selbstständig zu bewegen. Wir haben dann im Laufe des Nachmittags versucht, mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst und anderen Einrichtungen einen Ort zu finden, an dem sie in der Regelversorgung unterkommen kann; was uns nicht gelungen ist. Sie ist dann bei uns in der Notübernachtung aufgenommen worden und hat übernachtet, was für unsere Mitarbeiter sehr schwierig war, weil sie durch ihre Behinderung nicht in der Lage war, sich selbstständig zu bewegen. Am nächsten Morgen haben wir noch einmal vier Stunden gebraucht, um sie wieder dorthin zu bringen, wo sie herkam. Wir haben ungefähr acht Stunden Arbeitszeit investiert in diese eine Frau, die eigentlich nichts in der Kältehilfe verloren hat, aber trotzdem bei uns gelandet ist.

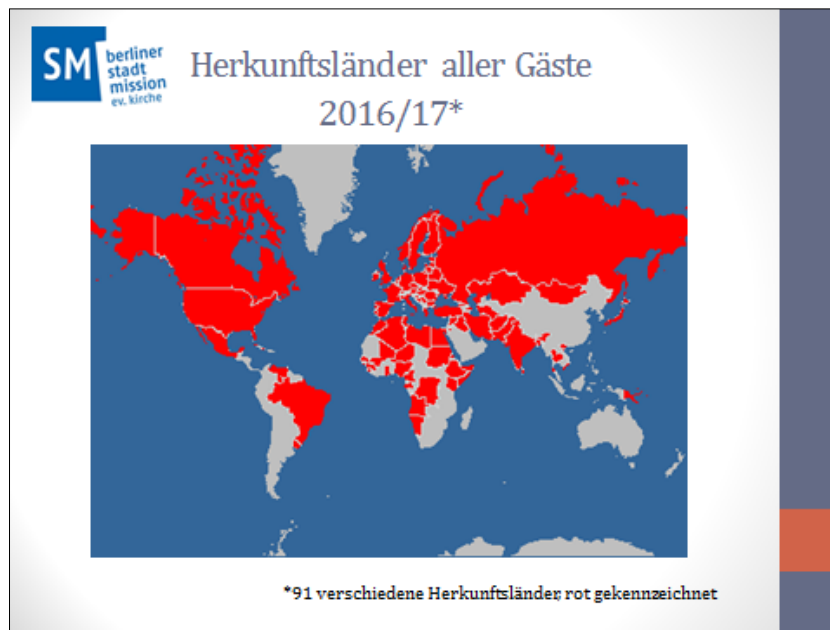
Eine weitere Person, die nicht repräsentativ ist für alle Gäste, die aber eine wichtige Entwicklung zeigt, ist Marcin, ein Pole, der auch Gast in der Notübernachtung war: schwer demenzkrank und eigentlich nicht mehr in der Lage, selbst zu entscheiden, was er in seinem Leben möchte, und auch nicht mehr in der Lage, selbst nach Polen zurückzukehren. Wir haben ihn, weil er nicht nur dement war, sondern auch körperlich schwer erkrankt, in unserer Pflegestation aufgenommen und ihn dort sechs Wochen behandelt und gepflegt. Diese Woche haben wir ihn nach Oppeln in Polen zurückgefahren. Ein Mitarbeiter ist 520 km gefahren und hat in dort in eine Pflegeeinrichtung gebracht. – Das ist nicht repräsentativ, aber es zeigt, dass wir es mit Menschen zu tun haben, für deren Probleme wir manchmal individuelle Lösungen brauchen.



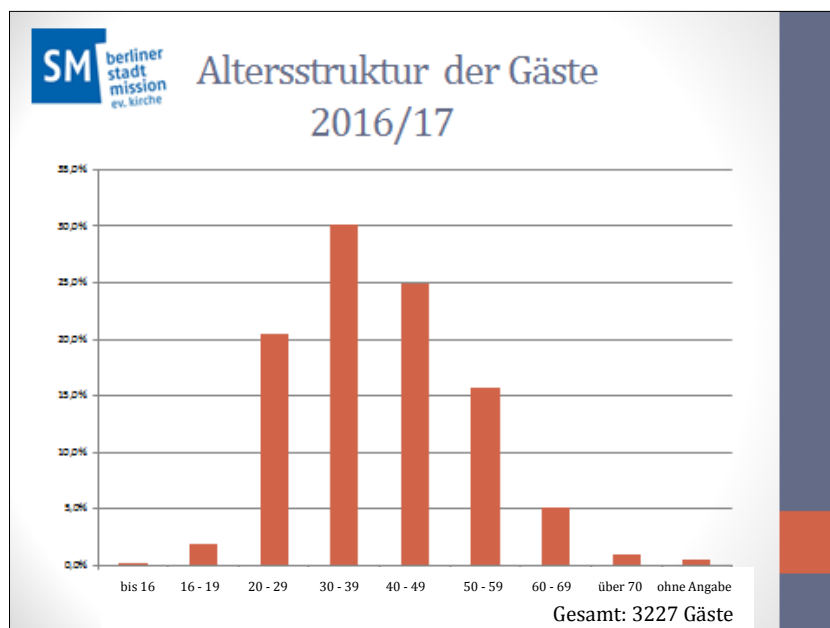
Ich möchte Ihnen die Herkunftsstruktur unserer Gäste in der Saison 2016/17 zeigen. Daraus wird deutlich, dass ungefähr ein Viertel der Gäste aus Deutschland kommen, bezogen auf 44 138 Übernachtungen. Die zweite, gleich große Gruppe ist die Gruppe aus Polen; dann noch Rumänien, gleich mit Bulgarien, das Baltikum, Rest-EU und Rest-Welt.



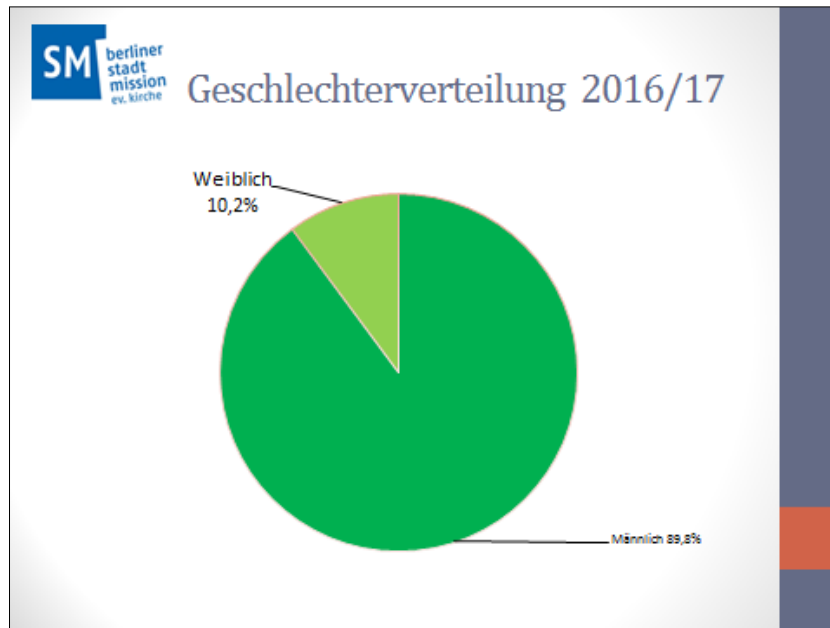
Den Jahresvergleich haben wir bezogen auf die Gesamtzahl der Gäste dargestellt. In der Saison 2016/17 waren 3 227 unterschiedliche Gäste bei uns in den Einrichtungen. Im Jahr vorher waren es 3 260 Gäste. Auch hier zeigt sich eigentlich relative Gleichheit, bis auf die Gäste aus Bulgarien, dem Baltikum und „Andere“.



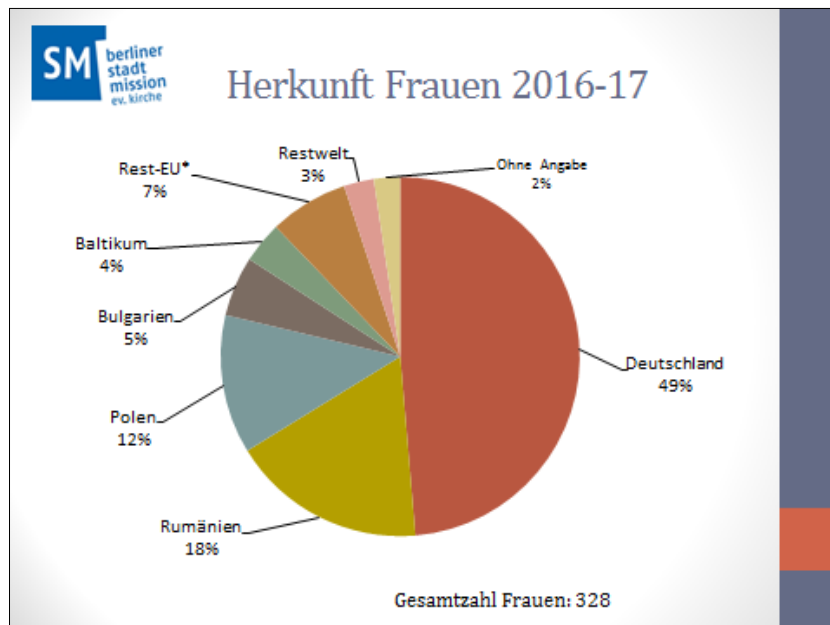
Das ist ein Überblick über die ganze Welt. Er zeigt, dass Menschen aus 91 verschiedenen Herkunftsländern die Kältehilfe aufgesucht haben.



Bei der Altersstruktur zeigt sich, dass die meisten Gäste, die uns besuchen, zwischen 30 und 39 Jahre alt sind.

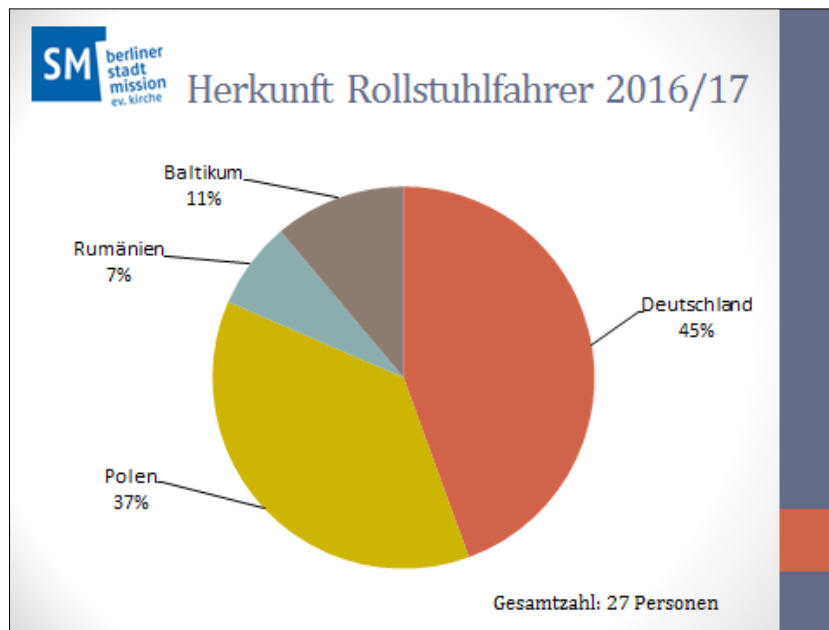


Bei der Geschlechterverteilung, das habe ich vorhin schon gesagt, müssen wir ein bisschen aufpassen, weil die vier Einrichtungen, die wir ausgewertet haben, nicht alle mit den gleichen Möglichkeiten ausgestattet sind und nur in zwei Einrichtungen Frauen aufgenommen worden sind. Der Durchschnitt in der Lehrter Straße liegt bei 15 Prozent Frauen. Das ist auch der allgemeine Durchschnitt. Wir haben hier aber nicht die einzelnen Einrichtungen ausgewertet, sondern eine Gesamtauswertung gemacht. Daher liegt der Frauenanteil bei uns um die 10 Prozent. – Interessant ist aber die Herkunft der Frauen.



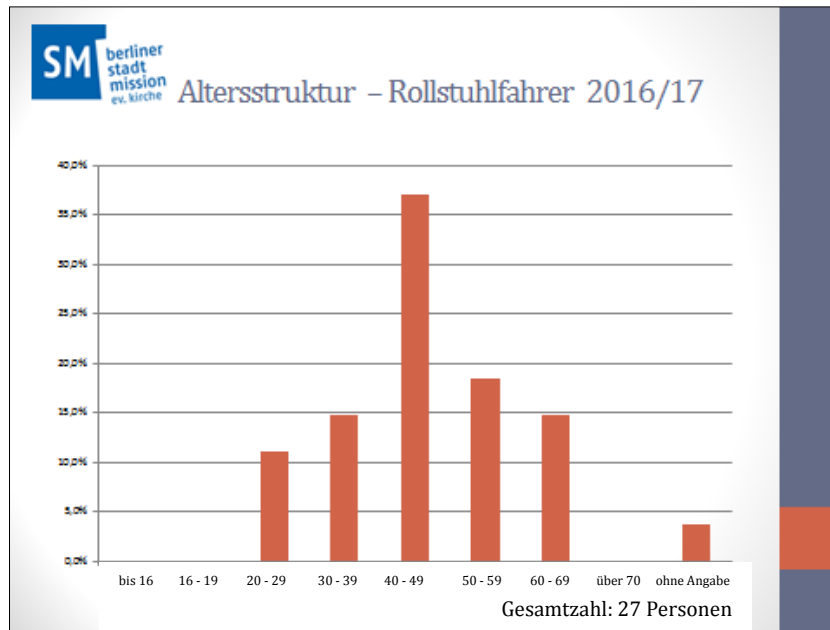
Fast 50 Prozent sind aus Deutschland, während beim ersten Kreisdiagramm, das Sie gesehen haben, 24 Prozent der Menschen aus Deutschland waren. Das heißt, unter den Frauen sind sehr viele aus Deutschland. Grundlage der Auswertung sind die Angaben von 328 Frauen.



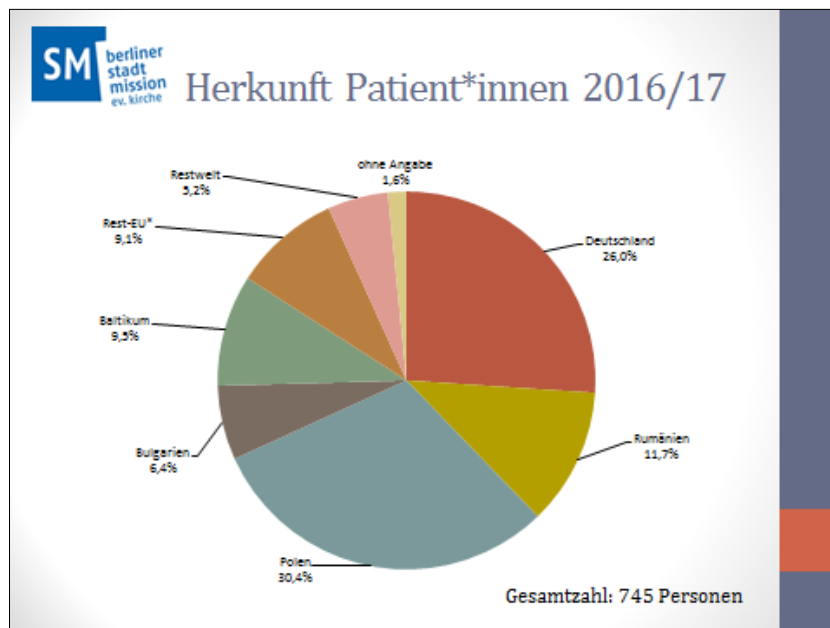


Ein wichtiges Thema, das die Kältehilfe immer mehr beschäftigt, ist der gesundheitliche Zustand der Gäste, die zu uns kommen. Das hat sich in den letzten Jahren sehr verschlechtert, und auch anhand der beiden Beispiele, die ich Ihnen genannt habe, bestätigt. Die Mitarbeiter vor Ort sind mit der Situation der kranken Menschen, die zu uns kommen, überfordert. Wir haben dieses Jahr zum ersten Mal die Anzahl der Rollstuhlfahrer und der Menschen mit Rollator statistisch erfasst. Wir haben weitere Menschen, die sehr krank sind, aber diese haben wir statistisch nicht in der Form erfasst. Besonders diejenigen, die sich nicht persönlich duschen konnten und dabei Hilfe brauchten, sind nicht erfasst worden. Allein die Tatsache, dass wir in dieser Saison 27 Rollstuhlfahrer hatten, die nicht in der Lage waren, sich selbst zu versorgen und oft morgens um 8 Uhr nach Beendigung der Kältehilfe bei uns draußen vor den Einrichtungen standen und gewartet haben, bis der Abend kommt, zeugt von einer Situation, die für uns nicht tragbar ist.

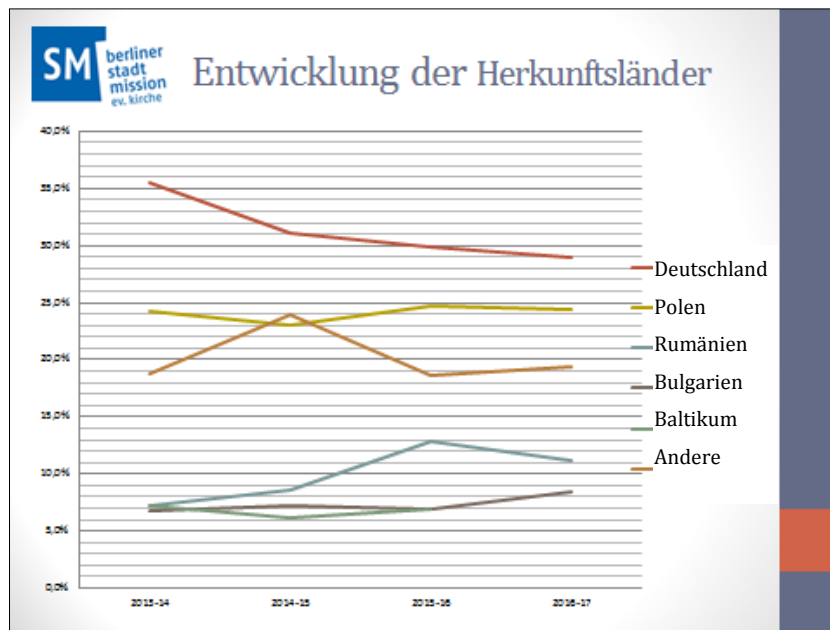
Auch hier ist interessant, dass 45 Prozent der Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen waren, aus Deutschland kommen. – Interpretationen und Fragen, würde ich sagen, machen wir anschließend. Es ist nur sehr spannend, das so zu sehen. Die zweitgrößte Gruppe ist bei den Rollstuhlfahrern ebenfalls die der Besucher aus Polen.



Hier ist der Durchschnitt nicht 30 bis 39 Jahre, sondern die meisten Menschen, die im Rollstuhl zu uns kamen, sind zwischen 40 und 49 Jahre alt.

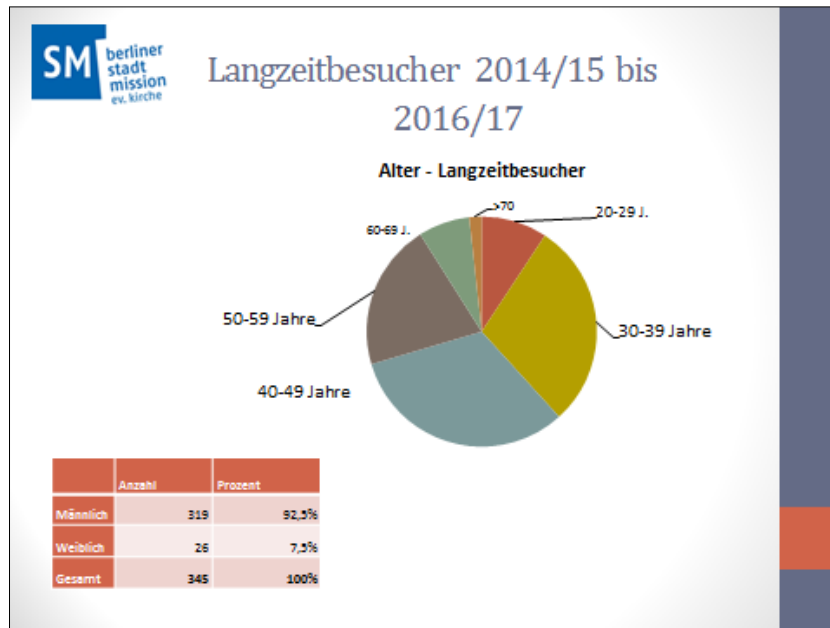


Wir haben die Menschen erfasst, die bei uns ärztliche Hilfe in Anspruch genommen haben. Das waren insgesamt 745 Personen. Hier sehen Sie die Aufteilung: dass die Gäste, die aus Polen waren, einen höheren Bedarf an ärztlicher Versorgung hatten als die Menschen, die aus Deutschland kamen.

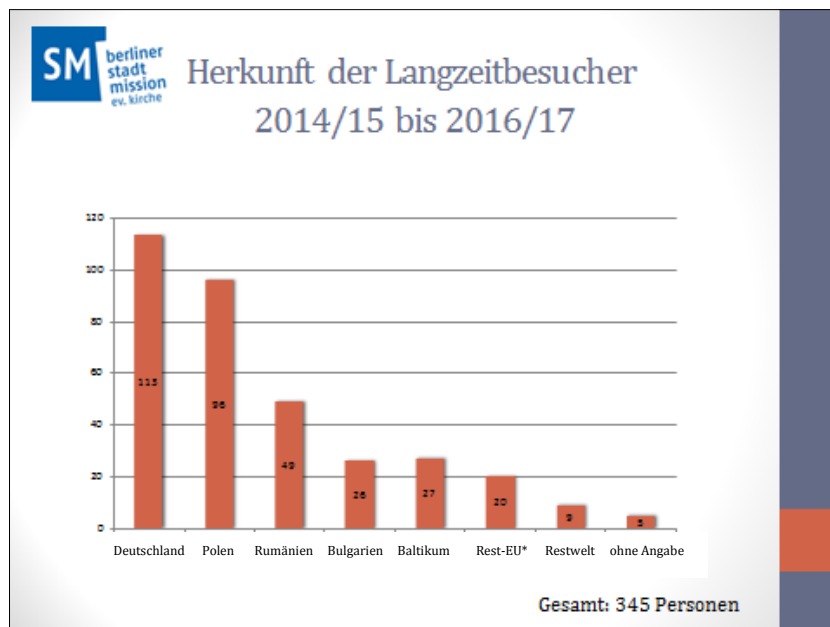


Wir erfassen die Daten jetzt im vierten Jahr. Sie haben die Gesamtauswertung online zugesandt bekommen von Frau Ketteler; davon gehe ich aus. Diese ist ausführlicher als die Ausführungen in meiner Powerpoint-Präsentation.

Die Langzeitauswertung seit 2013/14 zeigt deutlich, dass die Zahl der Deutschen rückläufig und die Zahl der Polen relativ gleich geblieben ist. Die Zahl der „Anderen“ ist auch rückläufig, wobei sie 2014/15, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle, angestiegen ist – wir wissen aber nicht, inwiefern die Flüchtlingswelle dazu beigetragen hat. – Die Zahl der Besucher aus Rumänien und Bulgarien ist in den letzten Jahren leicht angestiegen.



Dann hatten wir noch eine statistische Auswertung der Langzeitbesucher. Dies konnten wir leider nur in den letzten drei Jahren ermitteln, weil wir im ersten Jahr ein anderes Programm hatten, das nicht mit dem Programm der letzten drei Jahre kompatibel war. Deswegen handelt es sich hier um eine Anzahl von 345 Menschen, die in unseren Einrichtungen in den letzten drei Jahren zu Gast waren. Davon waren 92 Prozent männliche Besucher und 7 Prozent Frauen. Auch hier war hauptsächlich die Altersklasse zwischen 40 und 49 Jahren vertreten.



Das letzte Bild zeigt noch einmal die Langzeitbesucher in den letzten drei Jahren: dass die deutschen Besucher mit 113 Gästen die meisten Besucher stellen, gefolgt von den polnischen Gästen; was eigentlich auch eine sehr spannende Frage ist. – Soviel zu der Powerpoint-Präsentation.

**Vorsitzender Hakan Taş:** Danke, Herr Neugebauer! – Frau Fischer, wollen Sie fortsetzen? – Bitte!

**Mara Fischer** (mob e. V.): Vielen Dank für die Einladung! – Der mob e. V. betreibt insgesamt fünf Hilfsprojekte für Obdachlose und arme Menschen. Das ist zum einen die ganzjährige Notunterkunft, dann das Café „Kaffee Bankrott“, das ist ein Tagesaufenthalt für arme und obdachlose Menschen. Dann haben wir ein Sozialwarenkaufladen für Bedürftige und ein Selbsthilfewohnhaus, das wir quasi betreiben. Wir bieten 24 Stunden, 365 Tage Schutz für obdachlose und arme Menschen, Schutzräume vor Gewalt, Diskriminierung etc. Wir bringen auch die Entwicklung und Verbesserung für obdachlose und arme Menschen voran.

Als Vorständin des mob e. V. bin ich für eine Umstrukturierung der Kältehilfe, denn die Kältehilfe ist nur ein Hilfsinstrument und ein Notpflaster. Es fehlen Alternativen für die Gäste, und es kann auf jeden Fall keine Dauerlösung sein. Meines Erachtens werden die strukturellen Problemlagen der Gäste, der obdachlosen Menschen, dort noch verschärft, weil in der Kältehilfe keine Perspektive aufgezeigt wird. Die Hilfestruktur ist gleich geblieben, aber die Bedarfe haben sich verändert, was wir ja schon gehört haben.

Wenn die Kältehilfe nicht mehr zeitgemäß ist, was wäre es dann? – Zeitgemäß wäre eine bessere Ausstattung der ganzjährigen Notunterkünfte mit Sozialarbeitern, damit die Hilfesuchenden verlässlich zurück in das Regelsystem vermittelt werden können. Zeitgemäß wäre, mehr Plätze in ASOG-Unterkünften anzubieten, mit innovativen Konzepten zur Unterbringung und Versorgung der obdachlosen Menschen. Zeitgemäß wäre es auch, ganzjährige Notunterkünfte und niedrigschwellige Angebote für Wohnungslose nicht nur dem verwaltungstechnischen Feld der Wohnungslosenhilfe zu überlassen, sondern auch Zugang zu den finanziellen Mitteln der Flüchtlingshilfe zu gewähren. Das ist bei uns auch ein großes Problem. In den Neunzigerjahren, in denen die Kältehilfe und Notübernachtungen entstanden sind, gab es eine sehr homogene Gruppe von Obdachlosen und Wohnungslosen, und wie wir gesehen haben, ist es jetzt sehr heterogen. Die Umweltbedingungen haben sich also stark geändert. Das merken auch wir in unserer ganzjährigen Unterkunft: Wir haben Wohnungslose, Obdachlose, Flüchtlinge mit Wohnsitz, Flüchtlinge ohne Wohnsitz. Wir haben Rentner, wir haben Hartz-IV-Empfänger. All diese Menschen nutzen unser Angebot der ganzjährigen Notunterkunft und auch das Café.

Was für Menschen sind das? – Wir hatten letztes Jahr ca. 7 000 Übernachtungen in der Notunterkunft; wir haben 31 Plätze. Wir haben auch ein Familienzimmer eröffnet. Wir haben also Mütter, Kinder, Säuglinge. Wir hatten aktuell am Wochenende eine Mutter, die mit ihrem fünf Tage alten Säugling aus dem Krankenhaus entlassen wurde und zu uns kam, weil sie vor Gewalt geflohen ist. Die Frauenhäuser waren voll, und dementsprechend wurde die Frau dann bei uns in einer Obdachlosennotunterkunft untergebracht, mit dem Kind. Auf diesem Foto sehen Sie, wie die Frau und das Kind aussahen. Das entspricht also nicht dem klassischen Bild einer Obdachlosen.

Wir bemerken, dass viele Menschen die Angebote wahrnehmen, die unauffällig sind wie diese Frau. Diese Menschen sind gepflegt, sie sind in einer guten psychischen Verfassung und entsprechen nicht dem Bild des kranken, psychisch verwirrten und stinkenden Obdachlosen – einmal ganz lapidar gesagt. Wir haben also viele „unsichtbare“ Obdachlose, die man so im

Stadtbild nicht erkennt. Natürlich gibt es auch sichtbare Obdachlose, das steht außer Frage. Das Klientel hat sich aber geändert, deswegen sind die Bedarfe der Hilfesuchenden viel größer als lediglich ein Platz zum Schlafen in der Kältehilfe.

Zurück zu der eingangs gestellten Frage: Was wäre zeitgemäß? – Wir bräuchten auf jeden Fall mehr Sozialarbeiter in den ganzjährigen Notunterkünften und in den Tagesstätten, um eben den unsichtbaren Obdachlosen auch Hilfe anzubieten. Wir verzeichnen auch eine zunehmende Verweildauer in der Notunterkunft. Es ist ja nur eine Notunterkunft, eigentlich müssten wir sofort weitervermitteln ins Regelsystem. Die Rückführung in das Regelsystem ist aber kaum mehr möglich. Die Verwaltungsabläufe sind langsamer geworden. Es gibt eine starke Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum, weshalb es nicht mehr möglich ist, die Menschen so schnell zurück in Wohnraum zu vermitteln; und es fehlt einfach an Personal für qualifizierte Arbeit. Es müsste auch mehr Angebote für Partizipation und Teilhabe der Betroffenen geben.

Warum würden mehr Plätze in ASOG-Unterkünften helfen? – Wir haben vorhin von Herrn Fischer gehört, dass es in den Bezirken über die soziale Wohnhilfe eigentlich sofort Unterbringungsmöglichkeiten gibt, wenn Menschen leistungsberechtigt sind. Das sieht bei uns in der Praxis nicht so aus. Natürlich haben wir viele Menschen, die im SGB-II-Bezug sind, aber es gibt kaum noch Plätze in den ASOG-Unterkünften. Diese sind voll, was zu einem Rückstau führt. Wir können einfach nicht mehr weitervermitteln. Dementsprechend wird es auf der Straße auch immer voller, weil die Plätze in den Notunterkünften belegt sind. Wir verzeichnen wirklich einen Rückstau auf der Straße. Deshalb wäre es sinnvoll, mehr Plätze im ASOG-Bereich anzubieten, auch mit innovativeren Ansätzen, weil die Verweildauer in den ASOG-Unterkünften zum Teil sehr lang ist.

Warum hilft es, niedrighwelligen Angeboten aus der Wohnungslosenhilfe quasi das veraltungstechnische Tor zu den Geldern der Flüchtlingshilfe zu öffnen? – De facto nehmen wir zunehmend geflüchtete Menschen auf, mit und ohne Status, mit sicheren Wohnverhältnissen und ohne sichere Wohnverhältnisse. Auch das beschäftigt niedrighwellige Träger derzeit stark, und auch hier brauchen wir auf jeden Fall qualifiziertes Personal, um mit den besonderen Anforderungen, mit geflüchteten Menschen zusammen mit all den anderen Anspruchsgruppen, die wir bedienen, entsprechend umgehen zu können.

Viele kleine Träger leisten maximale Hilfe mit minimalem Personal. Das ist natürlich sehr schwierig. Wir betreiben die zweitgrößte Notunterkunft in Berlin, hatten uns auch entschlossen, das Familienzimmer zu öffnen, aber gerade so ein Fall wie am Wochenende übersteigt unsere Kapazitäten. Es gibt einen teilzeitfestangestellten Sozialarbeiter, und ich habe eine halbe Stelle für die Leitung. Im Spät- und im Nachtdienst habe ich nur ehrenamtliche Mitarbeiter. Diese sind zum Teil hoffnungslos überfordert – gerade wenn man eine Frau mit Kind hat, die eigentlich in einer Notunterkunft nichts zu suchen hat. Die Frau muss die Notunterkunft morgens um 8 Uhr natürlich auch verlassen und steht mit dem Säugling auf der Straße. Wir waren die letzte Adresse, wir haben aufgenommen. Wenn sich aber nichts ändert, haben wir irgendwann auch obdachlose Mütter und Kinder auf der Straße.

Es ist eine starke Herausforderung und zum Teil auch eine Überforderung für die Träger. Ziel des mob e. V. ist es, solche Situationen zu verhindern, auch strukturelle Lösungen anzubieten und Ursachenbekämpfung zu betreiben, denn das findet in der Kältehilfe leider so nicht statt.

Dafür müsste man auf jeden Fall die Politik der letzten 25 Jahre ändern. – Ich würde sagen, der mob e. V. hat großes Potenzial. Wir sind gerade auf der Suche nach einer Immobilie, um eine ASOG-Unterkunft aufzumachen, um weiterhin innovative Konzepte anbieten zu können und die Menschen aus unserer Notunterkunft dann entsprechend zu vermitteln. Wir würden uns freuen, in den Gesprächen zu sein, um die Umstrukturierung der Kältehilfe zusammen mit den Bezirken gemeinsam zu gestalten und das Thema voranzubringen. – Danke!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herzlichen Dank, Frau Fischer! – Ich begrüße ganz herzlich Frau Senatorin Breitenbach. – Herr Veltmann, Sie haben das Wort.

**Robert Veltmann** (GEBEWO – Soziale Dienste – Berlin gGmbH): Danke schön! – Ich habe für jede Fraktion einen Kältewegweiser mitgebracht. Er ist bei Ihnen ausgelegt, damit Sie einmal sehen können: Wir reden viel über Notübernachtungen. Aus meiner Sicht ist Kältehilfe mehr als Notübernachtung, weil es im Winter nicht nur nachts, sondern auch tagsüber kalt ist. Das heißt, wir sprechen auch von Tagesstätten, von Arztpraxen, von Streetworkern, von Beratungsstellen, die alle etwas dazu beitragen, dass Menschen auf der Straße überleben können.

Ich fand das vorher Gesagte ganz spannend. Ich habe mich nicht mit Frau Fischer abgesprochen, ich werde aber teilweise in dieselbe Kerbe schlagen müssen. – Vielleicht kurz zu meiner Person: Ich bin seit 1990 mit der Kältehilfe beschäftigt. Ich habe als Student 1990 das erste Mal Nachtdienste in einer Lankwitzer Notübernachtung für Wohnungslose gemacht. Die GEBEWO betreibt seit über 20 Jahren Kältehilfeeinrichtungen. Diesen Winter waren wir mit etwas über 100 Plätzen vertreten, und wir machen über die Koordinierungsstelle Kältehilfetelefon die stadtweite Auswertung. Wir visualisieren das System auf der Webseite der Berliner Kältehilfe und bringen jedes Jahr diesen Wegweiser heraus. Um darzustellen, dass Obdachlosigkeit nicht nur das Fehlen von einem Dach über dem Kopf ist, haben wir auch die Broschüre „Obdachlosigkeit macht krank“ angefertigt. Sie ist gerade frisch aktualisiert worden. Davon sind bei Ihnen auch ausreichend Exemplare ausgelegt.

Noch einmal zur Kältehilfe selbst: Die Kältehilfe startete im Winter 1989/90 auf Initiative von einigen Kirchgemeinden, damals mit 80 Schlafplätzen. Zielgruppe waren alleinstehende obdachlose Männer, die man damals Berber oder Nichtsesshafte nannte. Für mich war ganz spannend, was wir im Vortrag von Herrn Neugebauer gehört haben: Wir reden mittlerweile von 70 bis 80 Prozent Unionsbürgerinnen und -bürger in der Berliner Kältehilfe, plus Menschen aus dem „Rest der Welt“, so zitiere ich es einmal. Wenn ich zum Anfang der Neunzigerjahre zurückschaue, erinnere ich mich: Wir hatten damals etwa 80 Prozent ehemalige DDR-Bürger in Berliner Kältehilfenotübernachtungen, das heißt, vor allem Männer aus Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern usw. Auch das war für uns schon eine Zielgruppe, die anders war als der Westberliner Obdachlose, weil diese Männer eine andere Biografie hatten. 2003 haben wir dann wohnungslose Frauen als Zielgruppe für die Kältehilfe entdeckt und die erste Notübernachtung für wohnungslose Frauen – frauenspezifisch – aufgemacht. Im Winter 2012/13 hatten wir durchschnittlich 422 Schlafplätze mit einer Auslastung von damals 111 Prozent. Im Jahr 2014 wurde dann erstmalig eine Traglufthalle in Betrieb genommen, durch die Berliner Stadtmission mit Hilfe eines Energieversorgers aus Hamburg.

Herr Fischer hatte vorhin die Zahlen von diesem Winter genannt: dass wir im Mittel etwa bei 925 Plätzen lagen. Dazu möchte ich aber ergänzen: Wir sind im November 2016 mit einem

Mittel von 521 Plätzen gestartet. Das waren im Minimum 430 Plätze, im Maximum 671 Plätze. Es ist dann zu Weihnachten und Silvester hin ein sehr großer Druck entstanden, sowohl für den Senat, für die Senatorin, als auch für die Bezirke und die Träger, zusätzliche Plätze zu schalten. Das hat man dann Mitte, Ende Januar hinbekommen. Die 925 Plätze hatten wir im Prinzip erst ab Februar. Das ist auch der Monat, in dem es am kältesten ist. Man kann es aber trotzdem so sehen, dass innerhalb des Winters eine Entwicklung notwendig war, wobei an vielen Stellen improvisiert worden ist.

Wir schildern auch seit Jahren eine zunehmende Not der Akteure der Kältehilfe, überhaupt noch Räumlichkeiten zur Verfügung stellen zu können, denn der Immobilienmarkt in Berlin ist nicht nur bei Wohnimmobilien, sondern auch bei Gewerbeimmobilien so ausgebombt, dass es sehr schwierig ist, geeignete Immobilien für fünf Monate zu bekommen. Wir halten das Angebot immer für fünf Monate vor. Welchen Vermieter können Sie überzeugen, ihnen für fünf Monate gute Räume zu geben? Das ist sehr schwierig.



Wir hatten nach meiner Statistik in der Kältehilfe einen Anteil von 28,5 Prozent Frauen. Die hatten wir in vier Frauennotübernachtungen. Relativ neu war – seit vorletztem Winter –, dass wir eine Notübernachtung für Familien mit minderjährigen Kindern hatten. Das war 20 Jahre in der Kältehilfe ein politisches No-Go. Minderjährige Kinder in Notübernachtungen der Kältehilfe – dafür hat man als Sozialarbeiter früher eine Keule auf den Kopf bekommen; heute machen wir es.

Wir reden immer wieder über das Thema, wie viele obdachlose Menschen hier in der Stadt leben. Wir wissen es nicht. Es sind auf jeden Fall deutlich mehr als die, die die Einrichtungen der Kältehilfe aufsuchen. Herr Neugebauer hat es anschaulich geschildert, und Frau Fischer hat es bestätigt: In den letzten etwa 15 Jahren hat sich die Gruppe der Menschen, die dieses Hilfesystem nutzt, massiv geändert. Berlin hat sich internationalisiert. Wir haben, wie geschildert, diesen sehr hohen Anteil an Menschen, die nicht aus Deutschland stammen. Wir haben einen sehr hohen Anteil an körperlich und psychisch kranken Menschen, suchtkranken Menschen, Menschen mit Psychosen. Wir haben neuerdings auch obdachlose Familien mit minderjährigen Kindern.

Bei allem, was gut ist daran, die Anzahl der Plätze in den letzten Wintern bis auf über 900 Plätze aufgestockt zu haben, müssen wir doch klarmachen, dass wir all diese Menschen, die zum einen sehr schwierige Biografien, Sprachbarrieren, massive psychische Krankheiten, schwere Suchtkrankheiten, Läuse, Krätze haben, jeden Winter auf eine Gruppe von Ehrenamtlichen, von Studentinnen und Studenten loslassen. Wir haben im Bereich der Kältehilfe auch ein paar Fachkräfte, aber die sind meistens nur für die Organisation und Koordination zuständig. All diese Menschen werden im Prinzip durch andere Personen versorgt, die dafür gar nicht ausgebildet sind. Die werden von uns Trägern im Schnelldurchlauf fortgebildet, nenne ich es mal; ausgebildet ist zu viel gesagt. Da wir die letzten drei Jahre immer wieder durch die Immobiliensituation getrieben sind, müssen wir oft im Winter, kurz vor Weihnachten, noch mal eine Notübernachtung aufmachen, noch mal Leute dafür kriegen, die nachts anwesend sind und sich um diese Menschen kümmern. Das ist für alle Beteiligten eine hohe Belastung. Neben den Ehrenamtlichen gibt es aber auch die Fachkräfte im Hilfesystem – es befinden sich auch Fachkräfte in den Beratungsstellen, in den Tagesstätten, bei den Streetworkern. Wir stellen fest, dass für diese Zielgruppen an Obdachlosen der Berliner Wohnungsmarkt verschlossen ist und bleibt. Ein ganz großer Teil dieser Menschen hat a priori auf diesem Wohnungsmarkt überhaupt keine Chance.

Die Kältehilfe und die niedrigschwellige Wohnungslosenhilfe ist mittlerweile ein Auffangbecken für besonders benachteiligte Personengruppen, die zum Teil erhebliche Teilhabeschwierigkeiten haben: Langzeitarbeitslose, psychisch Kranke, Suchtkranke, Behinderte, Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen, Migrantinnen und Migranten, Haftentlassene, weitgehend resignierte und perspektivlose Menschen. In diesem Bereich der Wohnungslosenhilfe, möchte ich mal selbstkritisch sagen, verwalten wir die Armut und das Elend. Wir leisten eine Form von Überlebenshilfe, von Existenzsicherung. Wir benötigen Integrationsleistungen. Reintegration in diesem Arbeitsbereich ist ein unerreichbares Ziel mit dieser Ausstattung und mit diesem improvisierten System. In Tagesstätten gibt es große Diskussionen, weil Mitarbeiter dort großen Stress empfinden aufgrund der Zunahme von psychischen Beeinträchtigungen der Besucher, von Rivalitäten unter den verschiedenen Gruppen, der Zunahme von Aggressionen und einer großen Abhängigkeit von Alkohol und Drogen. Obdachlosigkeit heißt Mangel, gesellschaftliche Isolation und Diskriminierung, und Obdachlosigkeit macht auf Dauer krank. Wenn Sie

sich mal die Leute angucken, die längerer Zeit auf der Straße leben: Auch wenn die früher mal Ressourcen hatten – ein Großteil ihrer Ressourcen sind überdeckt von Krankheiten, psychischen Beeinträchtigungen, von Sucht und Elend.

An der Stelle muss man sich fragen, wie man weiter damit umgeht. Wollen wir nächsten Winter vielleicht 1 000, übernächsten Winter 1 100 und überübernächsten Winter 1 300 Schlafplätze machen? Wo sollen die eigentlich herkommen? Wir wissen jetzt schon, dass ca. 200 Plätze, die wir vergangenen Winter zur Verfügung hatten, räumlich nicht mehr zur Verfügung stehen. Das heißt, wir werden irgendwann wieder herumrödeln müssen, wie wir diese Plätze kriegen können, aber wir werden diese 1 000 Plätze nächsten Winter brauchen. Mittelfristig möchte ich an Sie appellieren, denn Sie gestalten die Politik in dieser Stadt: Kältehilfe ist keine Lösung! Kältehilfe ist, wie die Kollegin sagte, ein Pflaster, eine Hilfeform, mit der wir vermeiden, dass es Kältetote hier in der Stadt gibt. Wir müssen die anderen Systeme besser ausbauen.

Der Bereich der ordnungsrechtlichen Unterbringung – ASOG – ist ein Unterbringungsreich, der für mich derzeit in großen Teilen im Sumpf steht. Zwei Drittel der Anbieter von ASOG-Einrichtungen sind gewerbliche Anbieter, deren Hauptinteresse es ist, Geld damit zu verdienen. Das ist legitim, wir leben im Kapitalismus. Die Frage ist, ob es den Menschen hilft, die wir dort unterbringen. Die GEBEWO hat selbst vier ASOG-Einrichtungen mit 377 Plätzen, und wir stellen fest: Wenn man dort keine sozialarbeiterische Begleitung und Betreuung zur Verfügung stellt, verelenden diese Menschen. Wenn jemand lang genug in dem System ist, kommt er da kaum noch heraus. Ich würde mir wünschen, dass wir längerfristig über die Kältehilfe hinaus denken. Wir werden nächsten Winter 1 000 Plätze brauchen, aber wir brauchen andere Instrumente. Ich sehe im Bereich der ordnungsrechtlichen Unterbringung eine große Möglichkeit, wenn wir es schaffen, die auszuweiten und dieses System so umzustellen, dass wir den Menschen, die dort sind, wieder neue Perspektiven geben. Das heißt, man sollte sie nicht ASOG-Unterkünfte, sondern Clearingstellen nennen. Man sollte sie mit Fachkräften ausstatten, und man sollte gucken, dass diese Menschen wieder in den Wohnungsmarkt finden. Daran sollte man die sozialen Hilfeträger beteiligen.

Wenn wir weiter verwalten, werden wir auf Zustände zusteuern, die wir aus anderen Großstädten wie New York kennen. Wir werden mehr und mehr Leute haben. Wir werden es gar nicht mehr abbauen können. Wohnungsbau ist wichtig, aber Wohnungsbau wird erst langfristig wirken. Wir brauchen da ein völliges Umdenken, und aus meiner Sicht sollte die Kältehilfe kurzfristig im Blick sein, aber wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass wir über die nächsten zehn Jahre die Kältehilfe immer weiter ausbauen. – Danke schön!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herzlichen Dank für die Stellungnahmen! – Auf der Redeliste steht jetzt Frau Radziwill.

**Ülker Radziwill (SPD):** Vielen Dank für Ihre Ausführungen und die Darstellung der Probleme der Menschen, die in der Kältehilfe Unterstützung finden. Vorab möchte ich mich im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen für die geleistete Arbeit von Ihnen persönlich, aber auch von Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Kollegen und Kolleginnen, sehr herzlich bedanken, denn ich denke, dass Sie wirklich eine enorme Leistung erbringen. Dafür kann man mal applaudieren. – [Allgemeiner Beifall] – Dort sind auch sehr viele ehrenamtlich Engagierte, die mit viel Leidenschaft und viel Empathie für die Menschen dort Hilfestellung leisten

und viel unterstützen. Ich glaube, ohne diese unterstützende Ebene von Freiwilligen wäre die Arbeit um einiges schwieriger. An der Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an die vielen Ehrenamtlichen!

Wir sind in einer Position, in der wir uns überlegen müssen, wie wir die weitere Entwicklung unserer Hilfsstruktur in diesem Bereich organisieren. Sie haben das aus meiner Sicht sehr gut dargestellt und viele Anregungen gegeben. Ich möchte trotzdem noch ein paar Fragen stellen, damit wir das für die Umstellung vielleicht noch besser verstehen.

Wenn ich Sie richtig verstehe, sagen Sie, dass die Kältehilfe als Instrument weiterhin beibehalten werden sollten, um in der Notsituation zu unterstützen und auffangen zu können. Wir brauchen weiterhin etwa 1 000 Plätze, aber das, was eigentlich das Regelsystem leisten sollte, muss richtig geleistet werden. Die eigentliche Arbeit, die dort ansteht, muss gemacht werden. Das heißt, das Regelsystem ist genauer zu überprüfen. Was konkret müsste aus Ihrer Sicht im Regelsystem gezielt geändert werden? Wie viel Personal bräuchten wir dort mehr und an welchen Stellen? Vielleicht haben Sie dazu schon konkrete Überlegungen. Das können Sie uns aber auch nachreichen. Ich weiß, dass es im Rahmen der Anhörung etwas kompliziert wäre.

Ich möchte ganz gern auf die Zahlen eingehen, die Herr Neugebauer dargestellt hat. Danke auch für Ihre Statistik. Das Thema Statistik ist in der Tat ein großes Problem. Wir haben nicht so eine gute, umfassende Statistik. Die Politik ist gefordert, das zu verbessern. Für diese vier Jahre, die Sie uns statistisch dargestellt haben, haben Sie uns sehr interessante Zahlen genannt. Ich möchte gern wissen, ob Sie zum Beispiel bei den Menschen, die aus Polen kommen, nachgefragt haben, woher genau sie aus Polen kommen. Gibt es dort regionale Auffälligkeiten? Gibt es dort bestimmte Gemeinden und Kommunen, woher eine höhere Anzahl kommt, oder ist das aus Polen ganz gemischt?

Dann möchte ich gern wissen, wenn wir die Kältehilfe beibehalten: Ich plädiere dafür, viele andere auch. Wir reden in der Koalition darüber, dass wir den Zeitraum verlängern, das heißt, einen Monat früher beginnen und einen Monat später enden. Wäre das für die Kältehilfe grundsätzlich eine Hilfestellung?

Dann möchte ich zur ASOG-Unterbringung kommen: In der Vergangenheit gab es dort sehr viel Kritik, weil die Menschen, die dort sind, in der Tat überhaupt nicht begleitet werden, keinerlei soziale Unterstützung bekommen. Ein Teil unserer Kritik war, dass dort einige Geld gemacht haben bzw. es als so ein System gesehen haben. Dass dort eine Umstrukturierung und genaue Kontrolle gemacht werden muss, sehe ich auch so. Sehr wohl war aber aufgrund der steigenden Zahlen in den Bezirken teilweise eine gewisse Form von Hilflosigkeit vorhanden, und wir waren über jedes Bett froh, dass wir anbieten konnten. In der Situation, in der die Entscheidung gefällt wurde, kann man das durchaus nachvollziehen. Ich möchte gern wissen, wie viele ganzjährige Betten oder Schlafplätze man aus Ihrer Sicht vorsehen müsste. Bräuchte es eine zentrale Leitstelle, die das berlinweit organisiert und unterstützt? – So weit erst mal von meiner Seite. – Vielen Dank noch mal für Ihre Anregungen!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Frau Topaç!

**Fadime Topaç (GRÜNE):** Vielen Dank Ihnen allen für die Beiträge wie auch für die Arbeit vor Ort, wie es meine Kollegin gerade schon betont hat! Ich habe verschiedene Punkte. Der

eine ist: Wir haben von Ihnen gehört, Herr Fischer, wie die Auslastung der Angebote im Durchschnitt war. Das ist ja eine gesamtstädtische Betrachtung. Wir haben aber eine unterschiedliche Situation vor Ort in den jeweiligen Bezirken. Ich wüsste gern, ob es vielleicht sinnvoller wäre, sich einzelne Bezirke und die Infrastruktur vor Ort anzugucken.

Herr Neugebauer! Wir haben im Rahmen Ihrer Präsentation einige Folien gesehen, wo Sie die Herkunft bzw. die Nationalität der Gäste abgebildet haben. Das war auch interessant, aber die Frage nach dem Anspruch auf die Kältehilfe bzw. die Regelversorgung wäre aus meiner Sicht zentraler, denn sie bildet ab, dass wir unabhängig von der Staatsangehörigkeit eine Versorgung der Menschen gewährleisten müssen. Faktisch ist vor Ort die Situation eine andere, als sie im rechtlichen Rahmen ausdefiniert ist.

Dann möchte ich kurz auf die freiwillige bzw. unfreiwillige Obdachlosigkeit eingehen. Bis dato ist es nach meiner Kenntnis so: Wenn jemand nicht hinget und anzeigt, dass Bedarf besteht und irgendwo nächtigt, gilt das als freiwillige Obdachlosigkeit. Wir haben kein Angebot, wo die Zuständigen die Betroffenen vor Ort aufsuchen, um ihnen die Möglichkeiten, die diese Stadt ihnen anbietet, zu offerieren, die sie ablehnen, um dann als freiwillige Obdachlose zu gelten, wenn ich das richtig sehe. Wie sehen Sie das? Bräuchten wir nicht ein anderes Angebot, wie wir es vor einigen Jahren schon hatten, dass mehr aufsuchend passiert? – So weit erst mal. Danke schön!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herr Seerig!

**Thomas Seerig (FDP):** Auch von meiner Seite vielen Dank! – Ich habe zwei breit angelegte und zwei detaillierte Nachfragen. Zum einen kann ich die Ausführungen von Herrn Veltmann nur unterstützen, dass die Kältehilfe eine notwendige Maßnahme ist, aber dass es aber eigentlich darum gehen müsste, das Problem grundlegend anzugehen. Aufgrund der Ausführungen und der Statistiken, die uns Herr Neugebauer vorgelegt ist, habe ich eine Nachfrage. Es handelt sich bei round about der Hälfte der Besucher nicht um ursprünglich hier ansässige Personen. Das heißt, wenn wir beispielsweise im Bereich der Prophylaxe etwas tun, also Schuldnerberatung, Vermeidung von Wohnungslosigkeit, kann das nur Berlin betreffen. Wir können als Abgeordnetenhaus nicht per se Mieterberatung in Oppeln oder Stettin einrichten. Wo sehen Sie in diesem Bereich Möglichkeiten sowohl der Prophylaxe als auch der ebenfalls notwendigen Reintegration? Beides erscheint mir sehr wichtig, aber wenn ein erheblicher Teil der Gruppe eigentlich für uns nicht greifbar ist, wie geht man damit um?

Das Zweite meinte ich eben, zumindest ansatzweise, bei Frau Topaç auch herauszuhören: Wir haben gerade, wenn ich mir den Atlas der Kältehilfe angucke, eine sehr starke Fokussierung auf den innerstädtischen Bereich. Ich hatte mir in der letzten Saison mal die ein, zwei Einrichtungen in Steglitz-Zehlendorf anguckt. Auch dort gibt es, nicht sehr innenstadtnah, eine erhebliche Nachfrage. Sehen Sie die Notwendigkeit, sehr viel mehr auch in die Stadtrandlagen zu gehen? – Das waren die beiden grundlegenden Fragen.

Das Nächste knüpft an das an, wonach Frau Radziwill bezüglich der Herkunft in Polen fragte. Polen ist naheliegend. Mir fällt auf, dass die ebenfalls naheliegenden Länder der Tschechen und Slowaken überhaupt nicht vertreten sind. Haben Sie dafür eventuell eine Erklärung?

Als Letztes habe ich eine ganz konkrete Nachfrage, weil es für mich nicht ganz klar wurde. In der Statistik, die Sie uns vorgelegt haben, schreiben Sie, es gebe bei Ihnen keine Angebote für auf den Rollstuhl angewiesene Frauen. Die wurden weiterverwiesen. Schließe ich daraus, dass es aber außerhalb der Stadtmission Angebote für auf den Rollstuhl angewiesene Frauen gibt?

**Vorsitzender Hakan Taş:** Frau Fuchs!

**Stefanie Fuchs (LINKE):** Auch von mir vielen Dank! Ich bin gerade über die Familien gestolpert. Herr Veltmann! Sie sagten, dass jetzt öfter auch Familien kommen. Können Sie uns ungefähr eine Größenordnung sagen?

Eine Frage an alle, gerade, was die Familien angeht: Gibt es irgendeine Art der Zusammenarbeit, zum Beispiel mit den entsprechenden Jugendämtern, weil bei Familien Kinder mitbetroffen sind, um einen Weg zu finden, speziell die Familien mit Kindern und kleinen Kindern wieder in den Regelbetrieb zu kriegen? – Danke!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herr Dregger!

**Burkard Dregger (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe nur eine einzige Frage, und zwar zur Reintegration in die Gesellschaft, die von Ihnen eben thematisiert worden ist. Meine Frage an den Senat ist: Wie stellt sich der Senat die Reintegration der Betroffenen in die Gesellschaft, in Arbeit und Wohnen, vor, und welche Schritte wird er gehen, um diesen Weg zu erleichtern und zu befördern? – Danke!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herr Penn!

**Maik Penn (CDU):** Vielen Dank! – Vielen Dank für Ihre Ausführungen und für die Arbeit Haupt- und der Ehrenamtlichen im Besonderen. Ich war in meiner neuen Funktion für die CDU-Fraktion in den letzten Monaten in verschiedenen Einrichtungen, am Bahnhof Zoo, am Hauptbahnhof und in verschiedenen Caritas-Einrichtungen. Ich fand die Arbeit sehr beeindruckend, und Ihre Ausführungen decken sich mit dem, was ich dort selbst erfahren konnte.

Frau Fischer! Sie sprachen unter anderem an, dass mehr Sozialarbeiter nötig wären und die Problematik der ASOG-Unterkünfte. Ich möchte den Ball aufgreifen und in Richtung Senat weitergeben, und den Senat fragen, welche Überlegungen hinsichtlich der Sozialarbeiter und für mehr Unterstützung für die Bezirke konkret angestellt werden.

An die Anzuhörenden habe ich die Frage, wie sich in den vergangenen Jahren aus Ihrer Sicht die Arbeit entwickelt hat, die Unterstützung aus dem politischen Raum, mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen, an welchen Stellschrauben nachjustiert werden muss und – die Frage kam schon von der Kollegin von der SPD – welche konkreten Forderungen Sie für die anstehenden Haushaltsberatungen haben, also etwas präziser. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Frau Radziwill!

**Ülker Radziwill (SPD):** Ich habe ergänzend noch zwei kurze Fragen, die eine betrifft die gesundheitliche Versorgung. Dazu hatten Sie kurz etwas gesagt. Vielleicht könnten Sie uns

konkret sagen, was aus Ihrer Sicht bei der gesundheitlichen Versorgung beachtet und eigentlich angeboten werden müsste. Das sind alles nur Notangebote.

Die zweite Frage ist: Viele obdachlose Menschen werden älter und sind pflegebedürftig. Sie hatten uns vorhin das Beispiel mit der Dame im Rollstuhl genannt. Wenn wir in die Zukunft blicken und gemeinsam etwas Neues aufbauen: Wie sollte die Versorgung der älteren obdachlosen Menschen aussehen? Vielleicht haben Sie dafür auch noch einige Anregungen für uns. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Auf der Redeliste steht nur noch Herr Mohr. – Herr Mohr, bitte!

**Herbert Mohr (AfD):** Vielen Dank auch von unserer Seite für die Ausführungen! – Es kam der Wunsch auf nach Personal, nach mehr Sozialarbeitern. Gibt es schon eine Form, das zu quantifizieren? Kann man sagen, ob 10, 20 oder 100? Über wie viele mehr Personal würden wir reden? – Danke!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herzlichen Dank! – Wer möchte mit der Beantwortung anfangen? – Herr Veltmann, bitte!

**Robert Veltmann (GEBEWO – Soziale Dienste Berlin – gGmbH):** Ich fange an mit den Fragen zu den Stellen im Regelsystem. Wir müssen uns die verschiedenen Bereiche angucken. Wenn ich mir die Wohnungslosenhilfe angucke, sehe ich am Anfang eigentlich Prävention. Die findet in Berlin wenig statt. Als Zweites habe ich die Versorgung und Unterbringung – das sind die Notübernachtungen – und mit individualisierten Hilfeansprüchen dieser ganze ordnungsrechtliche Unterbringungsbereich, was übrigens quantitativ der größte ist. Im ASOG-Bereich gibt es etwas über 8 000 Plätze – da haben wir die größte Ressource an Unterbringung –, und dann haben wir diesen Bereich der Hilfen nach § 67 und nach § 53 SGB XII. Dort ist das Regelsystem personell sehr gut ausgestattet. Probleme, wenn man sich das anguckt, sind: Jemand, der eine längere Wohnungslosenbiografie hat, muss meistens mehrere Stufen durchlaufen, um irgendwann wieder völlig ohne Hilfe klarzukommen. In diesem oberen qualifizierten Bereich haben wir momentan eine Entwicklung über dieses sogenannte Planmengenverfahren. Das heißt, wir haben einzelne Bezirke, wie zum Beispiel Neukölln, die sagen: Wir wollen und müssen unsere Ausgaben für Hilfen nach § 67 nächstes Jahr um 500 000 Euro kürzen. – Was bedeutet das? – Das heißt, ich bewerte die Antragsverfahren in diesem Bereich nicht mehr nur qualitativ nach dem Bedarf der Menschen, sondern es gibt einen Beschluss, es sollen 500 000 Euro weniger zur Verfügung gestellt werden. Wir haben uns das mal durchgerechnet: Das sind 18 Sozialarbeiterstellen. – Das heißt, da finden einfach weniger Hilfen statt. Nach werden oben hin in den qualifizierten Bereichen aufgrund von Haushaltsentscheidungen schon einige Filter eingebaut.

Bei den Stellen im Regelsystem im ASOG-Bereich ist es so: Es gibt, wie ich sagte, diese über 8 000 Plätze. Über zwei Drittel davon werden durch gewerbliche Anbieter geregelt, die in der Regel nur Reinigungskräfte und einen Sicherheitsdienst haben. Es gibt einige Organisationen, wie uns zum Beispiel, die dort sozialarbeiterische Hilfe anbieten. Wir haben mittlerweile Modellprojekte in der Versorgung von suchtkranken wohnungslosen Menschen. Wir hatten jetzt gerade diese Information, dass das Vivantes-Krankenhaus in Neukölln 40 wohnungslose Menschen in Behandlung hat, die sie irgendwohin entlassen müssen, und da kommen wir in diesen medizinischen Bereich rein, wonach Sie auch fragten.

Wir haben neun Anlaufstellen der medizinischen Versorgung. Die arbeiten aber überwiegend mit ehrenamtlichen Ärzten. Das sind alles Leute, die wir als Trägerorganisation immer wieder gut anbinden müssen, damit sie uns nicht wegspringen. Wir haben durch die Senatsverwaltung die Einschränkung, dass wir nur Menschen mit Krankenversicherungsanspruch behandeln dürfen, deutsche Staatsbürger und die Mitglieder der 16 EFA-Staaten. Die vielen polnischen Staatsbürger, Rumänen und Bulgaren dürfen wir in unserer Arztpraxis gar nicht behandeln, auch wenn sie vor der Tür stehen, obdachlos, krank sind. Das geht nicht. Das haben wir 2014 in einem Positionspapier formuliert, das leider von Herrn Czaja damals nicht richtig zur Kenntnis genommen wurde.

Ich habe vorhin schon gesagt, ich glaube, dass in diesem Bereich des ASOG ein ganz großer Schatz läge, den man heben könnte, denn man hat dort ganz viele Plätze. Die meisten sind aber betreuungstechnisch völlig unversorgt. Ich glaube, da könnte man ganz viel tun. Wie viele Stellen man schaffen müsste, kann ich ad hoc nicht sagen, aber ich glaube, ehe man Stellen schafft, muss man diesen Unterbringungsbereich völlig neu denken. Momentan werden diese Leute über Jahre nur gelagert, die werden abgelagert, und denen geht es nach zwei, drei Jahren Aufenthalt in ASOG-Einrichtungen nicht besser und nach zehn Jahren schon gleich gar nicht. Diesen Unterkunftsbereich muss man völlig neu denken, und ich sage Ihnen: Lassen Sie uns nicht ASOG-Unterkünfte machen, lassen Sie uns Clearingstellen machen, lassen Sie uns das Clearing gemeinsam definieren, und lassen Sie uns gucken, welche Hilfen wir den Leuten, die dort wohnen, anbieten können, damit sie sich verselbstständigen können und irgendwann da wieder rauskommen.

Kurz zum innerstädtischen Bereich, Stadtrandlage: Wir stellen fest, wenn wir diese Auslastung in der Kältehilfe von etwa 90 Prozent präsentieren, ein bisschen drüber, dass die innerstädtischen Angebote oft bei über 100 Prozent liegen, und die, die sehr weit draußen liegen, haben oft nur 75 Prozent oder 80 Prozent, weil der gemeine wohnungslose Mensch eine Infrastruktur braucht. Der hält sich mehr innerhalb des S-Bahnringes auf. Wenn man eine Einrichtung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, vor allem, wenn man möglicherweise keinen Fahrschein hat, aufsuchen muss, dann sind diese Einrichtungen nicht so stark nachgefragt wie die innerstädtischen Einrichtungen.

Wie viele Familien es gibt, kann ich Ihnen so nicht sagen. Die Notübernachtung für Familien hat, glaube ich, 17 Plätze. Die ist die ganze Zeit voll ausgelastet. Wir wissen, dass auch einige Sozialämter dorthin vermitteln. Letztens habe ich das aus Marzahn-Hellersdorf gehört. Dort hatte man eine wohnungslose Familie. Die wurde in die Notübernachtung vermittelt. Dafür ist das System eigentlich gar nicht da. Ich kann Ihnen sagen, dass auch im Bereich der ASOG-Unterkünfte der Anteil der Familien steigt. Wir haben bei uns in der Teupitzer Straße in Neukölln insgesamt 208 Plätze. Mittlerweile haben wir 60 Plätze für Familien. Wir haben stellenweise bis zu 40 Kinder vom kleinen Baby bis hin zum 18-Jährigen im ASOG-Unterkunftsbereich. Wir haben übrigens keine richtige Ausstattung für die Kinder, konnten aber Anfang des Jahres Geld für eine halbe Stelle akquirieren, um eine Erzieherin einzustellen, aber das ist für die Kollegen, die die Arbeit vor Ort machen, alles eine große Herausforderung.

Für den medizinischen Bereich ist eine unserer Hauptforderungen neben dem, dass wir das bestehende Angebot optimieren: Wir brauchen in Berlin dringend eine Krankenheilstation. Wir haben so viele Menschen mit inneren Krankheiten, Hautkrankheiten, Infektionen, Leute

mit gebrochenen Armen und Beinen. In diesen ganzen ambulanten Anlaufstellen von den verschiedenen Trägern – Stadtmission, Caritas, GEBEWO – wird viel gemacht, aber danach gehen die Leute wieder auf die Straße. Krankenhäuser müssen diese Menschen aufnehmen, wenn es so eine Notsituation ist, dass die Gesundheit auf Dauer gefährdet ist. Dann nehmen die sie auf, aber Krankenhäuser sind so gestrickt: Der klassische Kranke im Krankenhaus ist jemand, den ich nach der Behandlung in seine Wohnung zur ambulanten Behandlung entlasse. – Das findet bei Wohnungslosen nicht statt. Wir haben Menschen, die von Krankenhäusern mit kaputten Rollstühlen entlassen werden. Die stehen dann im Freien und müssen gucken, wie sie damit klarkommen. Wir brauchen mittelfristig eine Krankenwohnung, ich würde sagen, mit mindestens 30 Plätzen, die rund um die Uhr ausgestattet ist. So etwas ist leider nicht ganz billig, aber ich denke, dafür könnte man auch die Krankenkassen heranziehen, denn die sparen sich letztlich das Geld, das sonst mehr an Krankenhauskosten benötigt wird.

Zu all diesen Sachen finden Sie viel im Positionspapier aus dem Jahr 2014, Runder Tisch medizinische Versorgung. Darin gibt es viele Vorschläge. Darüber sollte man mal als eigenen Bereich reden. – Nun will ich meinen Kollegen auch noch ein paar Beiträge lassen. Danke!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herr Neugebauer!



**Ulrich Neugebauer** (Kältehilfe, Berliner Stadtmission): Danke schön! – Ich ergänze. Die Bedarfe haben sich in der Kältehilfe verändert, und ich glaube, dass viele Bedarfe, die eigentlich durch die Regelversorgung abgedeckt sind, nicht mehr abgedeckt werden. Von daher fände ich es interessant zu schauen: Wir hatten 933 Besucher, die eigentlich einen Hilfesanspruch hier in Deutschland haben. Wir stellen in der Beratung fest, dass viele ausberaten sind, die zu uns kommen. Sie kommen nicht zu uns, weil sie die Beratung nicht wahrnehmen, sondern weil die Beratung, die bisher da war, nicht dazu geführt hat, die Menschen wieder ins Hilfesystem reinzubringen. Ich spreche von sehr vielen psychisch angeschlagenen Menschen, die bei uns landen. Wenn wir mit den jeweiligen Hilfestellen aus dem Regelsystem ins Gespräch kommen, dann sagt man: Sind sie eine Fremdgefährdung? Haben sie eine Eigengefährdung? – Wenn wir das verneinen, bekommen wir als Antwort: Das ist Ihr Problem, damit umzugehen. – Dann sage ich: Nein, das ist nicht mein Problem –, aber die Situation ist so, dass die Leute dann in der Kältehilfe landen.

Oder auch das Beispiel, das ich Ihnen vorhin gezeigt habe: 49 Prozent der Menschen im Rollstuhl kommen aus Deutschland. Die haben nichts in der Kältehilfe verloren, aber wir bekommen sie nicht in der Regelversorgung unter. Wenn wir in der Kältehilfe eine Regelversorgung wären, würde uns die Politik die Einrichtungen sofort schließen, weil wir gar nicht entsprechende Mitarbeiter haben, um diese Menschen adäquat versorgen zu können. Das ist jedes Jahr eine Überforderung der Mitarbeiter bei uns in der Kältehilfe, sodass die Mitarbeiter mir sagen: Wir sind nicht darauf vorbereitet, solche Menschen bei uns unterzubringen. Wir sind keine Krankenschwestern. Wir haben keine Pfleger, die jede Nacht helfen, eingekotete Menschen sauberzumachen. Das können wir nicht. – Sie tun es trotzdem. Das ist ein Problem, und es stellt sich die Frage, die jemand von Ihnen gestellt hat, wie es mit den Mitarbeitern ist. Ja, uns gelingt es, fachlich gute Mitarbeiter zu finden, und denen muss ich im April sagen: Mach mal eine Sommerpause, und bewirb dich im Herbst wieder. Wir freuen uns, wenn du wieder kommst. – Ich habe dieses Jahr von meinem Vorstand genehmigt bekommen, dass ich über Spenden zwei Stellen über den Sommer finanzieren kann, damit ich diese Mitarbeiter nicht verliere und im Oktober nicht bei null wieder anfangen, sondern dass ich endlich mal qualitativ weiter aufbauen kann. Das ist eine ganz große Schwierigkeit.

Die Frage, ob wir Detailwissen haben zu den Menschen, die aus Polen kommen, ist spannend, aber ganz ehrlich: So tief gehen wir in der Befragung nicht rein. Es wäre spannend, unsere Statistik noch viel feingefächerter auszuwerten. Das haben wir nicht. Sie kommen aus Polen. – Danke!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Frau Fischer!

**Mara Fischer** (mob e. V): Ich werde mit der Frage nach den Stellen anfangen. Ich kann es nur ganz konkret für mob sagen. Wir bräuchten definitiv noch, durch das Integrierte Sozialprogramm bezahlt, einen Sozialarbeiter, der auch im Spätdienst da ist und die Ehrenamtlichen unterstützt. Eine ganzjährige Notunterkunft kann im Spät- und Nachtdienst nicht nur von ehrenamtlichen Mitarbeitern betrieben werden. Das hatten wir auch so beantragt.

Wir haben den Tagesaufenthalt, das Kaffee Bankrott: Wenn morgens um 8 Uhr die obdachlosen Gäste aus der Notunterkunft gehen müssen, können sich den ganzen Tag im Kaffee Bankrott aufhalten. Dort gibt es Internetzugang, man sucht nach einer Wohnung, nach einem Job, man ist nicht allein, man ist nicht isoliert. Auch dort haben wir keinen Sozialarbeiter, aber

weil dort ist ein sehr heterogenes Spektrum von verschiedenen Menschen abgebildet ist, ist es auch dort notwendig, einen Sozialarbeiter zu haben, der die Ehrenamtlichen unterstützt, die das Kaffee Bankrott betreiben. Dort bräuchten wir auf jeden Fall mehr Personal.

Zu den Familien, die wir im Familienzimmer bei uns in der ganzjährigen Notunterkunft aufnehmen: Natürlich kooperieren mit den zuständigen Fachstellen. Wir schalten sofort die Jugendämter ein und schauen, wo wir sie schnellstmöglich unterbringen können, oder ob es möglich ist, eine Rückführung in die jeweiligen Länder zu übernehmen. Es kommt auch vor, dass wir Kinder in Obhut nehmen lassen, weil es Probleme gibt. Da sind wir ganz gut verzahnt, aber auch da wäre wieder ein Sozialarbeiter wichtig, der das Ganze federführend übernimmt und es nicht abends den Ehrenamtlichen überlässt.

Zur freiwilligen Obdachlosigkeit: Das finde ich sehr schwierig. In Berlin gibt es ganzjährig 147 Betten, wenn die Kältehilfe endet. Wir freuen uns natürlich sehr, dass wir über die Kältehilfe entlastet sind und über die gute Arbeit der Kollegen, aber wenn die Kältehilfe schließt, haben wir 50 Gäste vor unserer Tür, die wir nicht aufnehmen können. Wir sind, selbst wenn die Kältehilfe stattfindet, komplett ausgelastet und danach ist der Andrang so hoch. Wir können einfach nicht mehr aufnehmen; es gibt nicht genug Kapazitäten. Deswegen ist mein Appell, dass man ganzjährige Notunterkünfte mit qualitativ hochwertiger Sozialarbeit schafft, um die Menschen wieder zurück ins Regelversorgungssystem zu bekommen. Ich weiß nicht, warum das so ist – wir sind ein bisschen weiter weg von der Bahnhofsmision –, aber wir haben wirklich viele unsichtbare Obdachlose, Menschen, die gerade ihren Wohnraum verloren haben, Menschen, die arbeiten gehen, die sozialversicherungspflichtige Jobs haben und keinen geeigneten Wohnraum finden. Damit diese Menschen nicht später als psychisch kranke, verwahrloste Obdachlose auf der Straße landen, brauchen wir mehr Sozialarbeiter und mehr Unterstützung, um die Menschen noch aufzufangen. – Wir haben aktuell eine Kooperation mit der Bäckerei Steinecke, die direkt Obdachlose aus unserer Notunterkunft einstellt und so wieder zurück ins Regelsystem bringt. Also, man kann innovative Konzepte anbieten, aber man braucht entsprechend Personal, und das kann man als Verein nicht nur durch Spenden finanzieren.

Die Rollstuhlproblematik haben wir auch. In der ganzjährigen Notunterkunft in der Franklinstraße gibt es ein Zimmer für Rollstuhlfahrer, aber die Nachfrage ist wesentlich höher. Wir dürfen sie wegen der Brandschutzbestimmungen nicht aufnehmen, aber es kommt alle paar Wochen vor, dass jemand im Rollstuhl vor unserer Tür steht. Wenn jemand einen Rollator hat und es noch die Treppe hoch schafft, nehmen wir ihn auf, aber das ist auf jeden Fall in großes Problem, und diesbezüglich muss es ganzjährig mehr Lösungen geben.

Zur Prävention: Es spricht sich herum, dass bei uns viel beraten wird, und häufig kommen Menschen, die gerade davor stehen, ihren Wohnraum zu verlieren. Die kommen und fragen nach, ob wir ihnen helfen können. Aber das wird auch nur ehrenamtlich abgebildet. Wir haben keine Beratung, aber auch die müsste angeboten werden. Gerade bei uns im Tagesaufenthalt ist es so, dass viele SGB-II-Empfänger oder Rentner das Angebot nutzen und viele Fragen haben. Es wäre wichtig, auch dort eine Stelle zu installieren, um präventiv dagegen vorzugehen, dass diese Menschen am Ende als Obdachlose bei uns vor der Tür stehen.

Zu der Leitstelle in Bezug auf die Notunterkunft: Es gibt schon einen Runden Tisch der ganzjährigen Notunterkünfte. Wir treffen uns alle zwei Monate und tauschen uns aus, weil wir

sehr eng zusammenarbeiten und gucken, dass wir die Konzepte anpassen. Wir tauschen uns über bestimmte Gäste aus und ziehen an einem Strang. Es ist total sinnvoll, dass sich die Träger vernetzen und dass es mehr Austausch gibt.

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herr Veltmann wollte noch kurz ergänzen. – Bitte!

**Robert Veltmann** (GEBEWO – Soziale Dienste Berlin – gGmbH): Ich wollte Richtung FDP kurz sagen: Zu den vielen Menschen, die Unionsbürger, die bei uns obdachlos sind, kann man wirklich sagen, dass die zu 98 Prozent wegen Arbeit hierhergekommen sind. Es handelt sich nicht um Leute, die zu Hause schon wohnungslos waren und dachten, hier ist es schöner, wohnungslos zu werden, sondern der Großteil hat sich hier um Arbeit bemüht oder tut es noch, aber wir haben leider ein System, das kann man auch in den Zeitungen lesen, das diese Menschen ausbeutet, mit ihnen Werkverträge macht, und wenn die bei uns auf der Straße stranden, sind sie frustriert, trinken und sind wohnungslos.

Zu der Wunsch-dir-was-Geschichte würde ich auch gern noch etwas sagen. Wir haben für die Unionsbürgerinnen und -bürger für die Unterstützung und Beratung 2012 mit Spendenmitteln ein Projekt geschaffen, das heißt Frostschutzengel plus. Wir haben jetzt drei Mitarbeiterinnen speziell für die Beratung, drei Mitarbeiterinnen für all die Hundert Menschen, die davon betroffen sind, die diese beraten und unterstützen. Das wird momentan über den EHAP-Fonds – ein europäischer Fonds für von am meisten von Armut betroffene Menschen – bis Ende 2018 finanziert. Wir haben an die Senatsverwaltung einen Brief geschrieben. Wir würden gern darüber reden, wie man dieses Projekt a vielleicht aufstocken und b ab 2019 weiterfinanzieren kann. Wir haben seit ein paar Jahren eine psychologische Beratung für Frauen in ordnungsrechtlichen Einrichtungen, weil wir wissen, dass viele von diesen Frauen psychisch sehr beeinträchtigt sind, Erfahrungen mit sexueller Gewalt haben. Wir haben dafür eine einzige Stelle, eine Psychologin, für vermutlich etwa 2 000 bis 2 500 wohnungslosen Frauen in ordnungsrechtlichen Unterkünften. Wir würden auch diese Stelle gern aufstocken. Insgesamt muss man, das hatte ich vorhin schon gesagt, diesen gesamten Clearingbereich, diese ordnungsrechtliche Unterbringung, ausstatten mit Clearing, damit da mehr passiert als ein Verwalten und Ablagern von Armut und Elend. – Danke!

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herzlichen Dank! – Einige Fragen sind an die Senatsverwaltung gestellt worden. – Frau Breitenbach! Sie haben das Wort.

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS): Vielen Dank! – Heute steht die Auswertung der Kältehilfe auf der Tagesordnung, weil die Kältehilfeperiode vor Kurzem geendet hat. Ich beginne mit einem kurzen Hinweis auf den Koalitionsvertrag, in dem festgeschrieben wurde, dass sich die jetzige Koalition das gesamte System der Wohnungslosenhilfe genauer angucken und umstrukturieren wird. Wir hatten in der Vergangenheit sehr viele Debatten über ASOG-Einrichtungen, über Angebote, die es gibt, die gar nicht mehr bei den Menschen ankommen, über die veränderte Struktur der Obdachlosen selbst, wie wir es heute auch noch mal gehört haben und wie wir es alle beobachten können, zum Beispiel Obdachlose im Rollstuhl. Alle, die morgens oder im Laufe des Tages zum Potsdamer Platz kommen, werden dort immer wieder den gleichen Mann sehen, der vor einem halben Jahr noch mit einem Rollator dort stand. In der Zwischenzeit ist er im Rollstuhl. Als ich mit dem Kältebus mitfuhr, gab es genau den Notfall, dass er in eine Einrichtung der Kältehilfe wollte. Nun kann ich sagen: Wenn dieser Mann nicht noch hätte fünf Schritte gehen, in diesen Kältebus einsteigen und wir den Rollstuhl hin-

terherrscheiben können, hätte es ein Problem gegeben, denn man hätte nicht gewusst, wo man ihn unterbringen soll. Also, das sind alles bekannte Themen. Deshalb gab es diese Vereinbarung über die Umstrukturierung der Wohnungslosenhilfe, und zwar so, dass Prävention eine ganz zentrale Rolle spielt.

Familien mit Kindern, die obdachlos sind, sind in der Regel keine Familien, wo die Frauen ihre Kinder in der Obdachlosigkeit geboren haben, sondern die haben ihre Wohnung verloren. Von daher spielt Prävention, Schutz vor Zwangsumzügen u. Ä. eine ausgesprochen große Rolle.

Der nächste Punkt, der eine große Rolle spielt, ist die Frage, die wir alle gemeinsam beantworten müssen, welche Hilfsangebote wir brauchen und welche Hilfsangebote wir haben, und wir müssen uns die Frage stellen, warum diese Hilfsangebote nicht bei den Menschen ankommen, die sie benötigen und was wir ändern müssen.

Es geht um 365 Tage im Jahr, wenn wir über Wohnungslosenhilfe und über Obdachlose reden. Eine sehr kurze Zeit in dem Jahr geht es um die Kältehilfe, und die Kältehilfe ist nicht der Schwerpunkt, also nicht für das, was wir gerade erarbeiten, sondern die Kältehilfe ist ein Baustein. Diesen Baustein werden wir die nächsten Jahre benötigen, weil es unter anderem – ich kann nur ein Stichwort sagen, das heute auch mehrmals angesprochen wurde – EU-Bürgerinnen und -bürger gibt, die hier auf der Straße leben und obdachlos sind. Wir werden sie erst mal nur in der Kältehilfe unterbringen.

All diejenigen, die sich jetzt hier hinsetzen und das zutiefst bedauern, haben mich fest an ihrer Seite, denn wir haben das in den letzten Jahren immer wieder thematisiert. Ich kann nur sagen: Wir gehen auf die Bundestagswahl zu. Wir haben hier verschiedene Parteien, die auch im Deutschen Bundestag sitzen. Wir haben hier sogar Vertreterinnen und Vertreter der Parteien der Bundesregierung, und wenn es uns nicht gelingt, diese Politik der Bundesregierung zu ändern, wenn es uns nicht gelingt, dass die endlich aufhört, die Daumenschrauben so anzuziehen, dass wir auf Landes- und auf Bezirksebene überhaupt keine andere Chance mehr haben, als uns anzugucken, wie diese Menschen hier elend zugrundegehen, haben wir ein Problem, denn wir werden es nicht auf Landesebene hinkriegen, extra Landesprogramme zu machen, unabhängig von den Bundesprogrammen, die ganz eindeutig sagen: Diese Menschen haben kein Anrecht auf irgendwelche Leistungen. – All diejenigen, die jetzt sagen: Darum müsst ihr euch kümmern –, müssen auch sagen, wie wir das machen sollen und wie wir entsprechende Landesprogramme finanzieren können, um genau diesen Menschen zu helfen.

Viele dieser Menschen, die einen Großteil der Obdachlosen ausmachen – Herr Veltmann hat es eben gesagt –, sind hierhergekommen und haben ihr Recht – es handelt sich um ein Recht – auf EU-Freizügigkeit wahrgenommen. Diese Menschen sind hier baden gegangen. Diese Menschen sind unter anderem hier baden gegangen, weil sie keinen Anspruch auf Unterstützung und Leistungen haben, dass sie sich hier ein Leben aufbauen können. Da vorhin die Frage war, warum die aus einigen Ländern kommen, und aus anderen Ländern nicht, kann ich nur sagen, dass ich von den Frostschutzengel etwas gelernt habe, was ich sehr einleuchtend fand: Es gibt ganz viele Länder, europäische Krisenländer, dazu gehören Griechenland, Italien und andere, und alle die sich hier auf der Straße bewegen, werden feststellen, dass es sehr viele junge Leute aus diesen Krisenländern gibt, die nach Berlin gekommen sind, sich hier in dieser Stadt bewegen und im Kreis der Obdachlosen in dieser Stadt nicht auffallen. Das hängt

unter anderem damit zusammen, dass wir in dieser Stadt, was diese Länder angeht, sehr gefestigte und sehr langjährige Communities haben. Diese Communities sorgen für ihre neuen Landsleute. Die können denen Jobs besorgen u. Ä. Warum das bei der polnischen Community so nicht klappt, weiß ich nicht, aber ich weiß, was Bulgaren, Rumänen angeht, dass die hier nicht diese Strukturen haben, in denen sie so aufgefangen werden. Wenn die am Ende sind, sind sie am Ende, und dann bleibt ihnen nur die Kältehilfe, so bitter wie das ist. So ist es.

Zu unserem Vorhaben, ein Gesamtkonzept zu entwickeln oder das Gesamtkonzept zu überarbeiten, was Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe angeht: Wir haben in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, auch im Hinblick auf dieses wirklich lange Problem der immer mehr werdenden ASOG-Einrichtungen, was auch diskutiert wird, dass wir eine gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung wollen. Das bedingt zum einen, dass wir uns über diese ASOG-Einrichtungen verständigen. Das bedingt aber zum anderen, dass es eine zentrale Stelle gibt, die dafür sorgt, dass die Menschen untergebracht werden.

Über all diese Punkte würden wir gern noch vor der Sommerpause in eine breite Debatte einsteigen, weil die Senatsverwaltung jetzt gerade dabei ist, sich Gedanken zu machen, wie die Wohnungslosenhilfe noch verändert werden kann. Dabei spielt diese ganze Frage, wie wir mit Menschen mit Behinderung umgehen, eine Rolle. Die gesundheitliche Versorgung spielt dabei ebenso eine Rolle, wo wir das Problem, was die Krankenhäuser schaffen, sehr wohl kennen. Der Einzelfall ist immer ganz tragisch, aber ich bitte, sich dem mal politisch zu nähern: Wir haben Regelsysteme, und diese Regelsysteme sind zuständig für alle Menschen, die eine Krankenversicherung und einen Anspruch auf eine Krankenbehandlung haben. Es kann nicht sein, dass diese Regelsysteme sagen – und es übrigens egal, ob es sich um die Krankenhäuser oder um Einrichtungen der Pflege handelt –: Nein, nicht mit den Obdachlosen. Die machen so viel Ärger, die riechen auch nicht gut. Da wissen wir nicht, die schicken wir euch. – Dann rufen die Krankenhäuser auch noch beim Kältebus an und sagen: Wir hätten hier einen: Könnt ihr den bitte mal abholen! – Dann muss der Kältebus irgendwann sagen: Wir sind übrigens kein Krankentransport.

Da uns auch dieses Problem bewusst ist, hat der Staatssekretär Fischer gemeinsam mit dem Staatssekretär Velter mal mit den Krankenhäusern gesprochen und ihnen deutlich gemacht, welche Leistungen sie erbringen müssen, was ihre Aufgabe im Rahmen dieses Regelsystems ist. Jetzt versucht man, darüber zu beraten, denn es ist ein Problem für die Krankenhäuser. Ich will das gar nicht wegdrücken, aber die können nicht sagen: Damit haben wir nichts zu tun. – Deshalb wird jetzt darüber beraten, wie man ein vernünftiges Entlassungsmanagement für Menschen hinkriegt, die keine Wohnung haben und auf der Straße leben.

In diesem Zusammenhang spielen für uns die Frage, wie wir zu einem besseren, niedrigschwelligem Angebot der Krankenversorgung kommen, und die Frage der Krankenwohnungen, die es schon mal gab, eine Rolle, aber wirklich nur in diesem Zusammenhang, also wie man Menschen helfen kann, die krank sind. Dabei rede ich aber eher davon, dass ein Obdachloser genauso wie unsereins mal eine starke Erkältung hat, extrem geschwächt ist und mal drei Tage in einem warmen Zimmer liegen muss. Davon reden wir. Wir reden nicht davon, dass wir Krankenhäuser und Regelsysteme ersetzen. Es wäre ein politischer Kotau, wenn wir sagen würden, darum müssen sich die Regelsysteme nicht kümmern. – So weit bin ich zumindest noch nicht.

Noch mal zu den Angeboten: Ich bin jetzt in der Situation, dass ich mit vielen rede. Es gibt nicht so viele Differenzen darüber, was wir an Angeboten brauchen. Wir überlegen auch, wie wir ganzjährige Unterbringungsmöglichkeiten hinkriegen. Die werden nicht für alle reichen. Auch in dieser Richtung überlegen wir. Das muss alles finanziert werden. Sie alle, wie Sie hier sitzen, sind für den Haushalt zuständig. Sie entscheiden, was in welcher Höhe finanziert wird. Wir gehen jetzt in die Haushaltsberatungen, also es liegt jetzt vor uns. Man kann alles machen, man muss es nur finanzieren.

Ich sage aber mal prinzipiell: Bei allen und großen, offenen Punkten, wo das System der Wohnungslosenhilfe nicht mehr funktioniert, haben wir nach wie vor in dieser Stadt im Vergleich zu andern Städten eigentlich ein sehr gutes und buntes Angebot. Wenn ich jetzt mit allen rede, höre ich immer: Ich brauche Sozialarbeiter, denn zu mir kommen die Leute und wollen dieses und jenes wissen und wollen diese und jene Beratung. Ich brauche dieses und jenes, denn ich möchte dieses und jenes anbieten. – Ich kann das alles verstehen. Ich glaube nur, wir werden so nicht weiterkommen. Ja, wir müssen an bestimmten Stellen nachsteuern, brauchen wir mehr Personal, das ist keine Frage. Aber wir brauchen eine viel stärkere Zusammenarbeit und Kooperation der unterschiedlichen Strukturen. Wenn zu Ihnen Leute kommen, die kurz davor sind, ihre Wohnung zu verlieren, müssten die eigentlich erstens in die Schuldnerberatung, und zweitens müssten sie zur sozialen Wohnungshilfe in den Bezirken, damit ihnen dort geholfen wird. Jetzt wissen die Leute nicht immer, wohin sie gehen müssen. Sie gehen immer erst mal davon, wo sie etwas kennen, aber wir können nicht anfangen, jede Stelle so auszustatten, sondern wir müssen wir uns fragen, wie wir es schaffen, dass überall dort, wo die Menschen hinkommen, ihnen gesagt wird, wo sie sich hinwenden können, dass ihnen jetzt geholfen wird, nicht in vier Wochen, nicht in sechs Wochen, sondern jetzt, wo sie diese Hilfe brauchen. Das ist eine spannende Frage in diesem ganzen Angebot der Wohnungslosenhilfe.

Was die Kältehilfe angeht, liegt es auf der Hand. Das hat Herr Veltmann schon gesagt. Die Innenbezirke sind immer ausgelastet. Außerhalb sind es nicht mal 60 Prozent, 70 Prozent an Anlastung, sondern teilweise noch viel weniger. Damit – da die Kältehilfe ein Punkt ist, für den die Bezirke zuständig sind – sind die Innenstadtbezirke ganz besonders gefordert und schaffen das einfach nicht. Deshalb, der Staatssekretär hat es gesagt, überlegen wir uns, inwieweit wir uns als Land bei der Kältehilfe stärker einbringen und gemeinsam mit den Bezirken etwas machen können.

Der nächste Punkt, bevor ich zu der Frage von Herrn Dregger komme: Ich möchte hier mal aufräumen mit diesen Begrifflichkeiten der freiwilligen und der unfreiwilligen Obdachlosigkeit. Ich hatte es schon mal in der Plenarsitzung gesagt. Die Grünen hatten die Frage nach der freiwilligen und der unfreiwilligen Obdachlosigkeit gestellt. Diese Frage braucht man nicht zu stellen. Man kann übrigens diese Begrifflichkeiten aus seinem Sprachschatz streichen. Wir haben das auch den Bezirken mitgeteilt. Menschen, die auf der Straße stehen und die untergebracht werden wollen, müssen von den Bezirken untergebracht werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die sich in einer Einrichtung schlecht benommen haben und rausgeflogen sind, ob die in einer Einrichtung Drogen und Alkohol genommen haben und rausgeflogen sind; das spielt alles überhaupt gar keine Rolle. Wer untergebracht werden will, hat einen Anspruch darauf, und die Bezirke sind verpflichtet, dies zu tun.

Jetzt gibt es einen Bezirk Mitte, der eine besondere Herausforderung hat – das wissen Sie –, weil er erstens Innenstadt ist, und zweitens hat er über diese Geburtsdatenregelung ganz viele Geflüchtete, nämlich all die, die am 1. Januar geboren sind, und das sind ganz viele, nämlich alle, bei denen man nicht weiß, welches Geburtsdatum sie haben. Deshalb haben die eine besondere Herausforderung, aber die werden sich nicht darüber retten können, dass sie immer wieder von Neuem erklären, dass sie ganz viele Menschen haben, die freiwillig obdachlos sind und die sie nicht unterbringen. Es gab nämlich letzte Woche in der BVV offensichtlich wieder eine Debatte. Also noch mal: Wir haben das allen Bezirken gegenüber klargestellt, und ich erwarte, dass die Bezirke ihren Aufgaben nachkommen. Es gibt auch Hostels, es gibt auch gute Hostels, und dann muss man die Menschen in Hostels unterbringen.

Herr Dregger! Reintegration in die Gesellschaft, was wir uns dabei vorstellen: Das ist genau das, was ich eben zumindest in Ansätzen gesagt habe. Dieses ganze System der Obdachlosenhilfe, Wohnungslosenhilfe funktioniert aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr so, wie es funktionieren sollte. Wir sitzen gerade daran, und deshalb würde ich es gern mit den entsprechenden Vorlagen mit Ihnen diskutieren.

Dann gab es die Frage, welche Überlegungen wir für Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen in den Bezirken haben: Überhaupt gar keine Überlegungen, weil die Bezirke selbst mit dem Senat über ihre Ausstattung verhandeln, und ich glaube, die wollen nicht Sozialarbeiter haben, sondern die brauchen eine größere Ausstattung. Die sollen sie kriegen. Auch das ist vereinbart. Aber die Frage ist tatsächlich, wo wir mehr Sozialarbeiter in dem ganzen System der Wohnungslosenhilfe für die Obdachlosen und auch für die Beratung brauchen. Diese Frage stellt sich tatsächlich. Das ist unter Umständen eine gesamtstädtische Frage, aber auch eine bezirkliche, und die müssen wir im Rahmen eines neuen Konzeptes beantworten.

Mein allerletzter Punkt: Warum Neukölln jetzt findet, dass der Bezirk dieses Jahr 500 000 Euro einsparen muss, verstehe ich nicht, denn, wie gesagt, die Haushaltsberatungen begonnen jetzt. Wir haben jetzt die Chefgespräche. Im Sommer beginnen wir mit den Haushaltberatungen. Bei den Bezirken ist es ähnlich; die fangen ein bisschen früher an. Dann ist das eine Entscheidung von Neukölln, die ich nicht bewerten kann. Aber es gab keine Kürzungen auf Landesebene für diese Richtung. Wir gehen jetzt in die Haushaltsberatungen, und eigentlich haben wir etwas ganz anderes mit der Koalitionsvereinbarung gesagt, nämlich dass wir das ausbauen wollen. – So weit erst mal von meiner Seite.

**Vorsitzender Hakan Taş:** Danke, Frau Breitenbach! – Wir haben jetzt 12 Uhr und noch einen weiteren Tagesordnungspunkt. Frau Topaç hat sich aber noch mal gemeldet. – Sie haben das Wort. – Bitte!

**Fadime Topaç (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Taş! Ganz kurz. – Vielen Dank, Frau Senatorin, für Ihre Ausführungen! Ich möchte dennoch etwas ansprechen, weil alle Anzuhörenden genau auf diese Punkte gleichermaßen eingegangen sind, nämlich auf die Beratung, auf die Prophylaxe und ganz zentral auf eine Arbeit in Form von Clearingstellen, weil das System, so wie es im Augenblick gewachsen und entstanden ist, offenbar nicht alle Bedarfe deckt. Wir haben erhebliche Probleme an der einen oder anderen Stelle. Ich möchte nur betonen, dass wir diese Vorschläge, diese Anregungen von Ihnen auf jeden Fall mitnehmen werden. Die Senatorin hat gerade gesagt, dass es ein neues Konzept geben wird. Wir werden auf jeden Fall darauf achten, dass es dort tatsächlich Eingang findet.

**Vorsitzender Hakan Taş:** Herzlichen Dank! – Herzlichen Dank für die Teilnahme, für die Beantwortung der Fragen und für die Stellungnahmen an Frau Fischer, Herrn Neugebauer und Herrn Veltmann! Herzlichen Dank!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Tagesordnungspunkt 2 wird vertagt, bis das Wortprotokoll uns allen vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Sind Sie damit einverstanden? – Herzlichen Dank!

#### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Behindertenbericht 2015**  
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0014](#)  
IntArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.

\* \* \* \* \*